

**7. Sitzung des Gemeindeparlamentes**  
**Donnerstag, 27. Juni 2024**  
**Stadthaus, Ratsaal**  
**Sitzungsdauer: 19.15 Uhr – 20.55 Uhr**

Anwesend sind: 35 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Sandy Grieder, 5. Simone Sager,  
6. Andrea Walder, 7. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Luzia Baumann, 3. Florian Eberhard (ab 19.35 h),  
4. Daniela Minikus, 5. Luc Nünlist, 6. Tobias Vega

Junge SP Region Olten:

1. Timo Probst, 2. Cécile Send

Die Mitte:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,  
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Marc Winistörfer

Olten jetzt!:

1. Dr. Salome Kisker, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Vivek Sharma, 5. Denise Spirig,  
6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident  
Marion Rauber, Direktion Bau  
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport  
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste  
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: Claudia Schmid  
Christian Huber  
Nico Zila  
Darryl Fiechter  
Philippe Ruf

Unentschuldigt abwesend: -

Ferner anwesend: Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent  
Kurt Schneider, Direktionsleiter Bau  
Urs Tanner, Direktionsleiter Finanzen und Dienste  
Adolf Schmid, Stv. Finanzverwalter

Vorsitz: Yael Schindler Wildhaber

Protokollführerin: Andrea Baumann, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

3. Gemeindeparlament/Demission
4. Finanzkommission/Demission und Ersatzwahl
5. Wahl des Büros für die Amtsperiode 2024/2025
6. Einwohnergemeinde Olten, Jahresrechnungen und Verwaltungsbericht 2023/  
Genehmigung
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
  - \* 7.1. Interpellation Manfred Schoger (Mitte/GLP/EVP) und MU betr. Grünstadt  
Schweiz (Label)
  - \* 7.2. Interpellation Philippe Ruf (SVP) betr. Ladenmix in der Innenstadt, wozu die  
Barbershops?
  - \* 7.3. Interpellation Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Verwendung von städtischen Fonds
  - \* 7.4. Auftrag Ursula Rüegg (SVP) betr. Free Dogs
  - \* 7.5. Interpellation GO/JGO und SP/JSP betr. Gemeindefusion
  - 7.6. Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Häufigere Kartonsammlung für das Gewerbe
  - \* 7.7. Auftrag Luc Nünlist und Florian Eberhard (SP/JSP) und MU betr. Badi für alle/  
Beantwortung
  - \*\* 7.8. Interpellation Matthias Borner (SVP) und MU betr. Zusatzkosten wegen zu später  
Zustellung des Abstimmungsmaterials
  - \* 7.9. Auftrag Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte) und MU betr. Vermarktung der Stadt am  
Oltner Bahnhof
8. Schlussrede der abtretenden Parlamentspräsidentin

- \* am Vortag behandelt
- \*\* aus Zeitgründen verschoben

\* \* \*

**Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:**

Geschätzter Stadtpräsident, geschätzte Stadträtin, geschätzte Herren Stadträte, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste hier vor Ort und zuhause via YouTube. Ich begrüsse Euch ganz herzlich zu dieser letzten Sitzung in diesem Legislaturjahr.

## Mitteilungen

### **Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:**

#### OL-Weltcup

Der Verein „OL Region Olten“ hat sich beim Stadtrat für die gute Zusammenarbeit anlässlich des OL-Weltcups bedankt. Als Dank hat er angeboten, für uns einen OL zu organisieren. D.h. für alle vom Parlament, vom Stadtrat und auch für die Mitarbeiter der Behörden. Wir fanden dies ist eine gute Idee. Nun wird dies am Mittwoch, 11. September 2024 ab ca. 18 Uhr stattfinden. Ihr werdet noch eine Einladung erhalten. Es wäre natürlich toll, wenn möglichst viele Leute daran teilnähmen. Ich kann OL wirklich sehr empfehlen. Es können alle mitmachen, man kann auch die Kinder mitnehmen, man kann mitmachen, wenn man nicht rennen will. Man kann auch einfach der Strecke entlangspazieren. Das ist gar kein Problem. Es wäre wirklich schön, wenn möglichst viele teilnehmen könnten.

#### Sitzungsablauf

Die heutige Sitzung wird bis 20.45 Uhr dauern, danach geht es für einen Apéro in die Suteria.

#### Nachtrag zur Beantwortung der Interpellation betr. Verwendung von städtischen Fonds

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich nehme Stellung zur gestrigen Frage von Luc Nünlist betr. Fonds Schulsport. Es geht hier um CHF 45'000. Diese wurden dem Bikeclub Olten entrichtet für das Projekt Pumptrack. Das ist der Beschluss vom 10. Juli 2023. Diese Mittel wurden zur Sanierung des Betriebsgebäudes eingesetzt. Dazu gehört der Verleih, WC, Lagerraum, Aufenthaltsort des ganzen Gebäudes. Es würde übrigens wieder an uns zurückfallen, sollte es die Pumptrackanlage einmal nicht mehr geben. Ich kann dir diesen Beschluss gerne zukommen lassen. Er ist aber auch öffentlich.

#### Demission Martin Räber

Wir haben heute noch die Demission von Martin Räber. Er wird per Ende Juni demissionieren. Mir persönlich tut dies besonders leid. Ich habe dein grosses Engagement extrem geschätzt. Wir hatten in der Fraktion immer sehr gute Diskussionen, aber auch sonst mit allen Leuten. Es waren nicht nur Diskussionen über Parlamentsgeschäfte. Wir hatten auch zahlreiche Diskussionen über Veganismus oder Vegetarismus oder über den Törbeltallift, oder was auch immer. Es war immer sehr schön mit dir und ich werde diese Diskussionen vermissen. Du hast gesagt, du demissionierst aus persönlichen Gründen. Du hättest nicht genug Zeit, um dich gewissenhaft vorzubereiten, um das Amt auszuüben. Das passt zu dir. Wenn du etwas machst, dann machst du es gewissenhaft. Du hast auch eine Covid-Erkrankung hinter dir und hast dich davon nie mehr vollständig erholt und leidest immer noch darunter. Von dem her können wir natürlich sehr gut verstehen, dass du diesen Entscheid gefällt hast. Ich danke dir ganz herzlich für deine Arbeit und wünsche dir alles Gute.

#### Vorstösse/Eingang

- Auftrag SVP betr. Innenstädtische Plätze attraktiver gestalten – Für alle statt für wenige
- Überparteilicher Auftrag betr. Vernehmlassungsverfahren für wichtige Geschäfte einführen

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2024

Prot.-Nr. 74

---

## Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen:

### Gemeindeparlament/Demission

Mit Mail vom 7. Juni 2024 demissioniert Martin Räber (GO) als Mitglied des Gemeindeparlaments per 30. Juni 2024.

## Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Martin Räber (GO) genehmigt.

Mitteilung:  
Gemeindeparlament  
Parlamentsakten  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten  
Lohnbuchhaltung

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2024

Prot.-Nr. 75

## **Finanzkommission/Demission und Ersatzwahl**

Mit der Demission als Mitglied des Gemeindeparlamentes ist die Demission von Martin Räber (GO) auch als Mitglied der Finanzkommission zu verzeichnen:

### **Finanzkommission/Demission**

Mit Schreiben vom 7. Juni 2024 demissioniert Martin Räber (GO) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per 30. Juni 2024. Automatisch scheidet er damit auch als Mitglied der Finanzkommission aus.

### **Finanzkommission/Ersatzwahl**

Mit E-Mail vom 12. Juni 2024 schlägt die Fraktion GO Jann Frey als Mitglied der Finanzkommission vor.

### **Beschluss**

Einstimmig wird die Demission von Martin Räber (GO) und die Ersatzwahl von Jann Frey (GO) als Mitglied der Finanzkommission genehmigt.

Mitteilung:  
Gemeindeparlament  
Parlamentsakten  
Direktion Finanzen und Dienste  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2024

Prot.-Nr. 76

## Wahl des Büros für die Amtsperiode 2024/25

### Wahl des Parlamentspräsidenten

#### **Beschluss**

Mit 32 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird gewählt als

#### **Parlamentspräsident: Thomas Fürst (FDP)**

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber gratuliert Thomas Fürst herzlich zur Wahl.

Es folgt Applaus und die Übergabe der Blumen.

### Wahl der Vizepräsidien

#### **Beschluss**

Mit 32 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird gewählt als

#### **1. Vizepräsidentin Ursula Rüegg (SVP)**

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber gratuliert Ursula Rüegg herzlich zur Wahl.

Es folgt Applaus.

#### **Beschluss**

Mit 32 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird gewählt als

#### **2. Vizepräsidentin Cécile Send (SP/JSP)**

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber gratuliert Cécile Send herzlich zur Wahl.

Es folgt Applaus.

## Wahl der Stimmzählerinnen und Stimmzähler

### **Beschluss**

Einstimmig werden in globo für die Amtsperiode 2024/2025 folgende Stimmzählerinnen und Stimmzähler gewählt:

- 1. Beat Felber (Mitte/GLP/EVP)**
- 2. Yael Schindler Wildhaber (GO/JGO)**
- 3. Laura Schöni (OJ)**

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber gratuliert den Gewählten herzlich zur Wahl.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an  
Gewählte (gilt als Wahlanzeige)  
Kommissionenverzeichnis  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2024

Prot.-Nr. 77

## Einwohnergemeinde Olten, Jahresrechnungen und Verwaltungsbericht 2023/ Genehmigung

Die Jahresrechnung 2023 der Stadt Olten schliesst mit einem hohen Überschuss von 15'423'242.28 Franken ab. Budgetiert wurde ein Verlust von 1'951'700 Franken. Das starke Ergebnis kommt vor allem durch die beeindruckenden Erträge aus der Gewinn- und Kapitalsteuer einzelner Firmen zustande. Wurde den Vorjahren folgend ein Ertrag aus Gewinn- und Kapitalsteuern von 13.7 Mio. Franken budgetiert, beträgt nun der effektive Ertrag 28.5 Mio. Franken.

Der geplante Aufwand von 120.8 Mio. Franken wurde mit 121.7 Mio. Franken um 0.9 Mio. Franken überschritten. Der Mehraufwand beträgt beim Sachaufwand rund 1.1 Mio. Franken. Bei den Personalkosten wurde erneut eine Ziellandung erreicht. Mehrkosten ergaben sich bei den Beiträgen an die Ergänzungsleistung AHV, bei der gesetzlichen Sozialhilfe sowie bei Wertberichtigungen von Beteiligungen der Stadt.

Nebst den erwähnten höheren Erträge juristischer Personen betragen die Mehrerträge bei den Steuererträgen natürlicher Personen (ohne Quellensteuern sowie Nach- und Strafsteuern) 2.1 Mio. Franken. Nebst Nachzahlungen für vergangene Steuerjahre konnten auch höhere Quellensteuererträge sowie höhere Nach- und Strafsteuern eingenommen werden.

Die geplanten Nettoinvestitionen von 24.2 Mio. Franken wurden mit 22.0 Mio. Franken um 2.2 Mio. Franken unterschritten. Bei einigen Projekten gibt es Verzögerungen oder noch rechtliche Barrieren, welche beseitigt werden müssen.

Mit einer Selbstfinanzierung von 23.7 Mio. Franken konnten die getätigten Investitionen von 22.0 Mio. Franken vollständig selbst finanziert werden. Der Finanzierungsüberschuss beträgt 1.7 Mio. Franken.

Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1'017 Franken weist die Stadt Olten immer noch einen mittleren Verschuldungsgrad aus.

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen hiermit die Jahresrechnungen und den Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 2023.

## 1. Rechnungsübersicht

### 1.1 Genereller Kommentar

Der im Rechnungsjahr 2023 ausgewiesene Ertragsüberschuss beträgt 15'423'242.28 Franken und schliesst gegenüber dem Budget 2022 um 17'374'942.28 Franken besser ab. Wie eingangs erwähnt konnten bei den Steuern juristischer Personen mehr als doppelt so hohe Steuererträge wie geplant verbucht werden. Bei 12.54 Mio. Franken dieser Mehrerträge handelt es sich jedoch um abgegrenzte Beträge, somit Beträge, welche erst noch vereinnahmt werden, jedoch aufgrund von Meldungen dem laufenden Jahr bereits gutgeschrieben wurden. Aus vergangenen Steuerjahren konnten zusätzlich 5.2 Mio. Franken verbucht werden, wobei 1.8 Mio. Franken aus der Auflösung von Rückstellungen eines Einspracheverfahrens stammen. Die Steuern natürlicher Personen wurden um 2.1 Mio. Franken übertroffen. Die Erlöse von quellensteuerpflichtigen Personen wurden um 0.5 Mio. Franken überschritten. Eine detaillierte Aufstellung der Abweichungen bei den Steuern befindet sich im Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung, Kapitel 2.5.1.

Sowohl die Erlöse aus Konzessionen (Erlösart 41) und der Entgelte (Erlösart 42) entsprechen jeweils den Planvorgaben. Innerhalb der einzelnen Kostenarten kam es ebenso lediglich zu geringen Abweichungen.

Bei den verschiedenen Entgelten (Erlösart 43) war vorgesehen, im Rahmen der Ortsplanung die Arbeiten durch eigenes Personal zu erledigen, was zu einer Aktivierung der geleisteten Arbeiten geführt hätte. Mit einer externen Vergabe erfolgt die Belastung der Arbeiten nun direkt in der Investitionsrechnung.

Der Finanzertrag (Erlösart 44) schliesst im Rahmen des Budgets ab. Mehrerlöse sind auf die Verzugszinse bei den Steuern sowie Kapitalanlagen (+0.33 Mio. Franken) und höhere Mietzinserträge (+0.10 Mio. Franken) zurückzuführen. Die geplanten Mehrerlöse aus einer Zusatzdividende der sbo konnten nicht realisiert werden (-0.50 Mio. Franken). An realisierten Gewinnen und Wertberichtigungen aus Liegenschaften des Finanzvermögens konnten zusätzlich 0.16 Mio. verbucht werden.

Im Jahr 2023 wurden diverse Auslagen mittels Fondsentnahmen (Erlösart 45) kompensiert. Waren Fondsentnahmen von rund 0.08 Mio. geplant, wurden nun Ausgaben im Umfang von 0.39 Mio. Franken durch Fondsentnahmen finanziert.

Beim Transferertrag (Erlösart 46) betragen die Mehrerlöse 0.68 Mio. Franken und betreffen hauptsächlich: Kantonsbeiträge an die Lehrerbesoldungen auf allen Stufen (+0.17 Mio. Franken) und schülerabhängige Beiträge anderer Gemeinden für die Primar- und Sekundarschule (+0.33 Mio. Franken). Das Kunstmuseum hat aus Sponsoring und Kantonsbeiträgen zusätzlich rund 0.14 Mio. Franken mehr erhalten.

Die Personalkosten unterschreiten die geplanten Kosten um rund 0.26 Mio. Franken oder 0.6%. Mehrkosten von 0.1 Mio. Franken bei den effektiven Lohnkosten konnten durch tiefere Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen (-0.16 Mio. Franken) und tiefere Weiterbildungskosten (-0.12 Mio. Franken) kompensiert werden.

Beim Sachaufwand wurde erstmalig mit einer pauschalen Wertkorrektur geplant. Dies in Analogie mit der Investitionsrechnung und der Tatsache, dass die bisherigen Sachkosten-

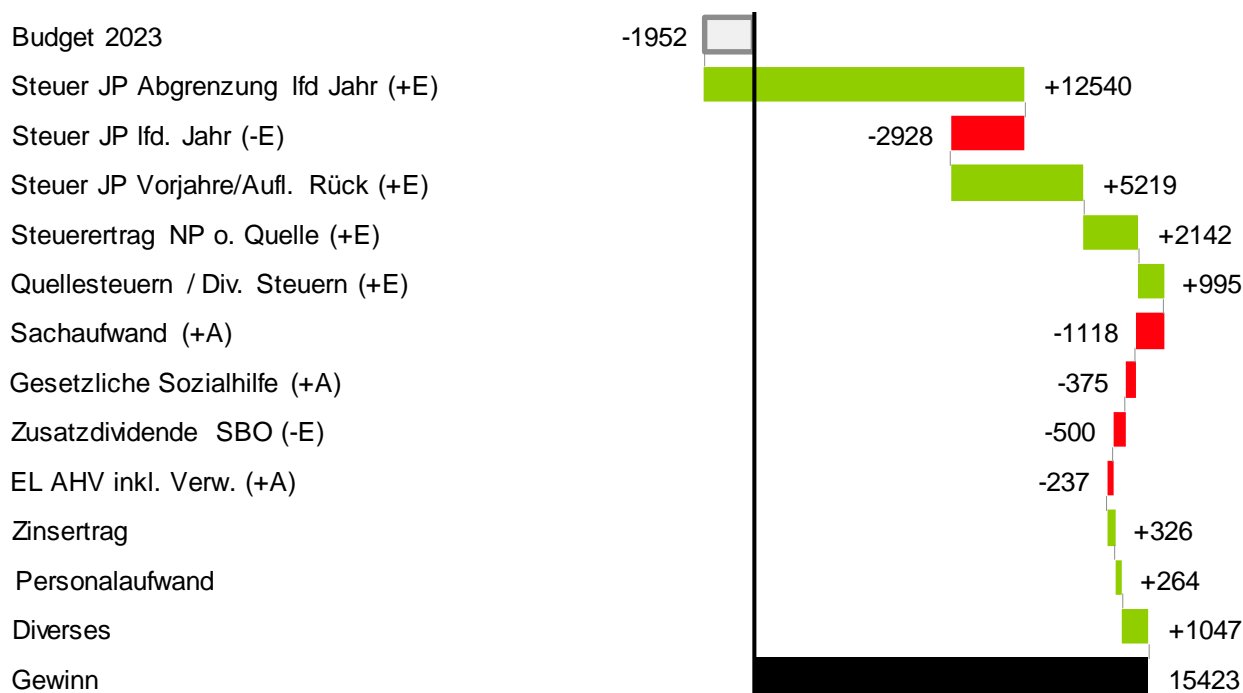
budgets in der Regel nicht ausgeschöpft wurden. Der Korrekturbetrag wurde mit 1'218'600 Franken eingesetzt und entsprach etwa 7% des Sachaufwandbudgets, was der durchschnittlichen Unterschreitung der letzten Jahre entsprach. Diese Korrekturposition konnte jedoch nicht realisiert werden. Die Überschreitung des Sachaufwandes beträgt nun 1.12 Mio. Franken, was fast dem eingesetzten Korrekturbetrag entspricht.

Die beiden Kostenarten Abschreibung (Kostenart 33) und Finanzaufwand (Kostenart 34) wurden nahezu punktgenau mit dem Budgetbetrag abgerechnet.

Der Transferaufwand (Kostenart 36) weist rund 0.51 Mio. Franken aus (+1.3%). Die Mehrkosten betreffen a) Wertberichtigung der Beteiligung Sportpark AG (+0.19 Mio. Franken), höhere Beiträge an die gesetzliche Sozialhilfe (und die Restkosten Sozialregion (-0.38 Mio. Franken), Beiträge an Eltern für Kinderkrippen und Tagesstätte (0.25 Mio. Franken), Beiträge an die Ergänzungsleistung AHV (+0.24 Mio. Franken), Mehrkosten für Beiträge an die Pflegefinanzierung (+0.35 Mio. Franken) sowie tiefere Beiträge an die ambulante Pflege (-0.29 Mio. Franken). Die grössten Abweichungen werden in Kapitel 2.4.6 des Berichtes der Finanzverwaltung aufgeführt.

Die grössten Abweichungen lassen sich grafisch folgendermassen darstellen:

**grösste Abweichungen** in TCHF  
2023, Budget, Rechnung



Grafik: Fallabweichungen Budget / Rechnung 2023 in TCHF



### 1.3 Gestufter Erfolgsausweis

Im Jahr 2023 weist die Stadt Olten einen Betriebsgewinn von rund 10.57 Mio. Franken aus. Die Differenz zum Budget beträgt 17.23 Mio. Franken und ist vor allem auf höhere Steuererträge juristischer Personen zurückzuführen.

Der Finanzaufwand (klassischer Finanzaufwand und Aufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen) entspricht in etwa dem Budget. Der Finanzertrag beinhaltet hauptsächlich den Mietertrag aus Liegenschaften sowie den Beteiligungsertrag. Das Finanzergebnis entspricht per Saldo dem Budget. Das Betriebsergebnis und das Finanzergebnis bilden zusammen das operative Ergebnis.

Im Ertrag wird die Auflösung der Neubewertungsreserve, welche im Zusammenhang mit der Einführung von HRM2 gebildet worden ist, bis Ende 2025 linear aufgelöst.

#### Gestufter Erfolgsausweis in TCHF 2023 VJ, BUD,IST

	R2022	B2023	R2023	Δ B/R 23	Δ %
-30 Personalaufwand	-41'956	-44'054	<b>-43'791</b>	264	-1%
-31 Sachaufwand	-15'292	-16'320	<b>-17'438</b>	-1'118	7%
-33 Abschreibungen	-7'363	-7'809	<b>-7'836</b>	-27	0%
-35 Einlage Fonds / SF	-1'326	-1'181	<b>-1'336</b>	-154	13%
-36 Transferaufwand	-38'843	-40'912	<b>-41'424</b>	-512	1%
-39 interne Verrechnungen	-8'027	-9'159	<b>-8'591</b>	568	-6%
<b>Total betrieblicher Aufwand</b>	<b>-112'808</b>	<b>-119'436</b>	<b>-120'414</b>	<b>-979</b>	<b>1%</b>
+40 Fiskalertrag	75'839	72'131	<b>90'116</b>	17'986	25%
+41 Konzessionsertrag	2'055	1'929	<b>1'905</b>	-24	-1%
+42 Entgelte	14'820	15'111	<b>15'077</b>	-35	0%
+43 Verschiedene Erträge	50	142	<b>3</b>	-140	-98%
+45 Entnahme Fonds / SF	342	75	<b>390</b>	315	418%
+46 Transferertrag	15'184	14'228	<b>14'906</b>	678	-5%
+49 interne Verrechnungen	8'027	9'159	<b>8'591</b>	-568	-6%
<b>Total betrieblicher Ertrag</b>	<b>116'315</b>	<b>112'776</b>	<b>130'988</b>	<b>18'212</b>	<b>-16%</b>
<b>Ergebnis aus betr. Tätigkeit</b>	<b>3'508</b>	<b>-6'660</b>	<b>10'573</b>	<b>17'233</b>	<b>259%</b>
-34 Finanzaufwand	-1'009	-1'352	<b>-1'308</b>	44	3%
+44 Finanzertrag	4'116	4'701	<b>4'796</b>	95	-2%
<b>Ergebnis aus Finanzierung</b>	<b>3'107</b>	<b>3'349</b>	<b>3'488</b>	<b>138</b>	<b>-4%</b>
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>6'614</b>	<b>-3'310</b>	<b>14'061</b>	<b>17'372</b>	<b>525%</b>
-38 a.o Aufwand*	-3'800	0	<b>0</b>	0	0%
+48 a.o Ertrag	1'359	1'359	<b>1'362</b>	3	0%
<b>a.o Ergebnis</b>	<b>-2'441</b>	<b>1'359</b>	<b>1'362</b>	<b>3</b>	<b>0%</b>
<b>Jahresergebnis n. Gewinnvert.</b>	<b>4'173</b>	<b>-1'952</b>	<b>15'423</b>	<b>17'375</b>	<b>890%</b>

Tabelle: Gestufte Erfolgsrechnung / \* 2022: Zuweisung in Vorfinanzierung Schulanlage Kleinholz

## 2. Vergleich mit finanzpolitischen Zielen des Stadtrates

Der Stadtrat hat, wie bereits in den letzten Budgets und Finanzplänen, finanzpolitische Ziele und Grundsätze zu drei Bereichen definiert und kommuniziert:

### Grundsatz zur Verschuldung

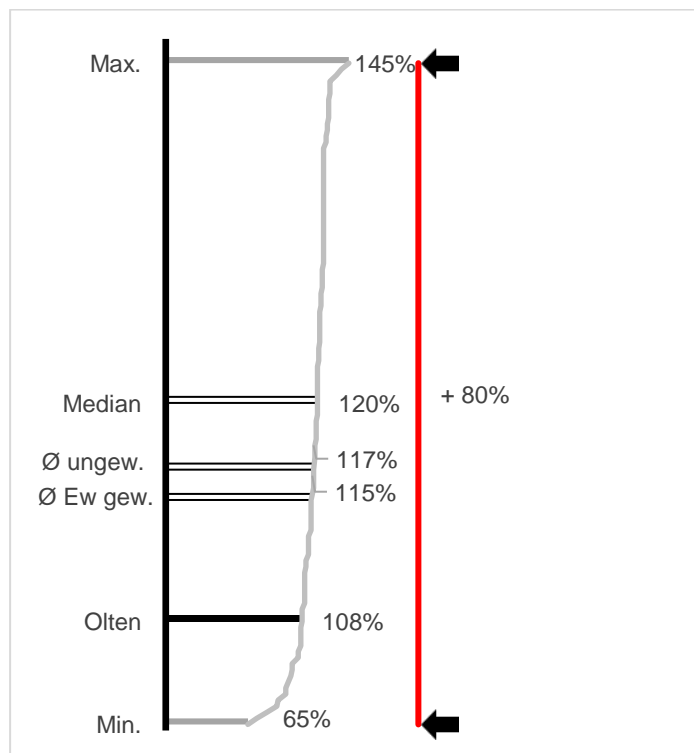
Der Stadtrat hat den Grundsatz gefasst, dass die Pro-Kopf-Verschuldung 4'000 Franken nicht übersteigen soll. Dank der letzten Jahresabschlüsse konnte eine Sicherheitsreserve geschaffen werden. Die aktuelle Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 1'017 Franken. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Guthaben aller Gemeinden im Kanton Solothurn betrug Ende 2022 rund 450 Franken. Die beiden anderen Solothurner Städte wiesen Ende 2022 ein Nettoguthaben und keine Nettoschuld aus (Grenchen 1'110 Franken, Solothurn 3'097 Franken).

### Grundsätze zu den Investitionen

Der Stadtrat will für den Werterhalt eine dauernde Selbstfinanzierung von 100% und für die Gesamtinvestitionen eine langfristige Finanzierung von 100% erreichen. Der Anteil an Investitionen im Werterhalt betrug rund 6.45 Mio. Franken; die Selbstfinanzierung 23.7 Mio. Franken. Sämtliche werterhaltenden Investitionen konnten aus eigenen Mitteln finanziert werden. Bezüglich Selbstfinanzierungsgrad verweisen wir auf die Ausführungen im Kapitel 4.2 des Verwaltungsberichtes der Finanzverwaltung.

### Steuern (Steuersätze)

Der Stadtrat will den Steuersatz in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden halten, was bei einem Steuersatz von 108% sowohl für juristische und natürliche Personen erfüllt ist. Der durchschnittliche Gemeindesteuerfuss im Kanton Solothurn betrug für das Jahr 2023 117.0% (Vorjahr 116.8%), gewichtet pro Einwohner betrug er 115.0% (Vorjahr 115.1%). Im Kanton Solothurn zeichnet sich trotz einer Anpassung im Finanzausgleich weiterhin eine grosse Spannweite ab. Diese beträgt aktuell 80%.



Grafik: Steuerfüsse 2023 Gemeinden Kanton Solothurn für natürliche Personen

### 3. Erfolgsrechnung

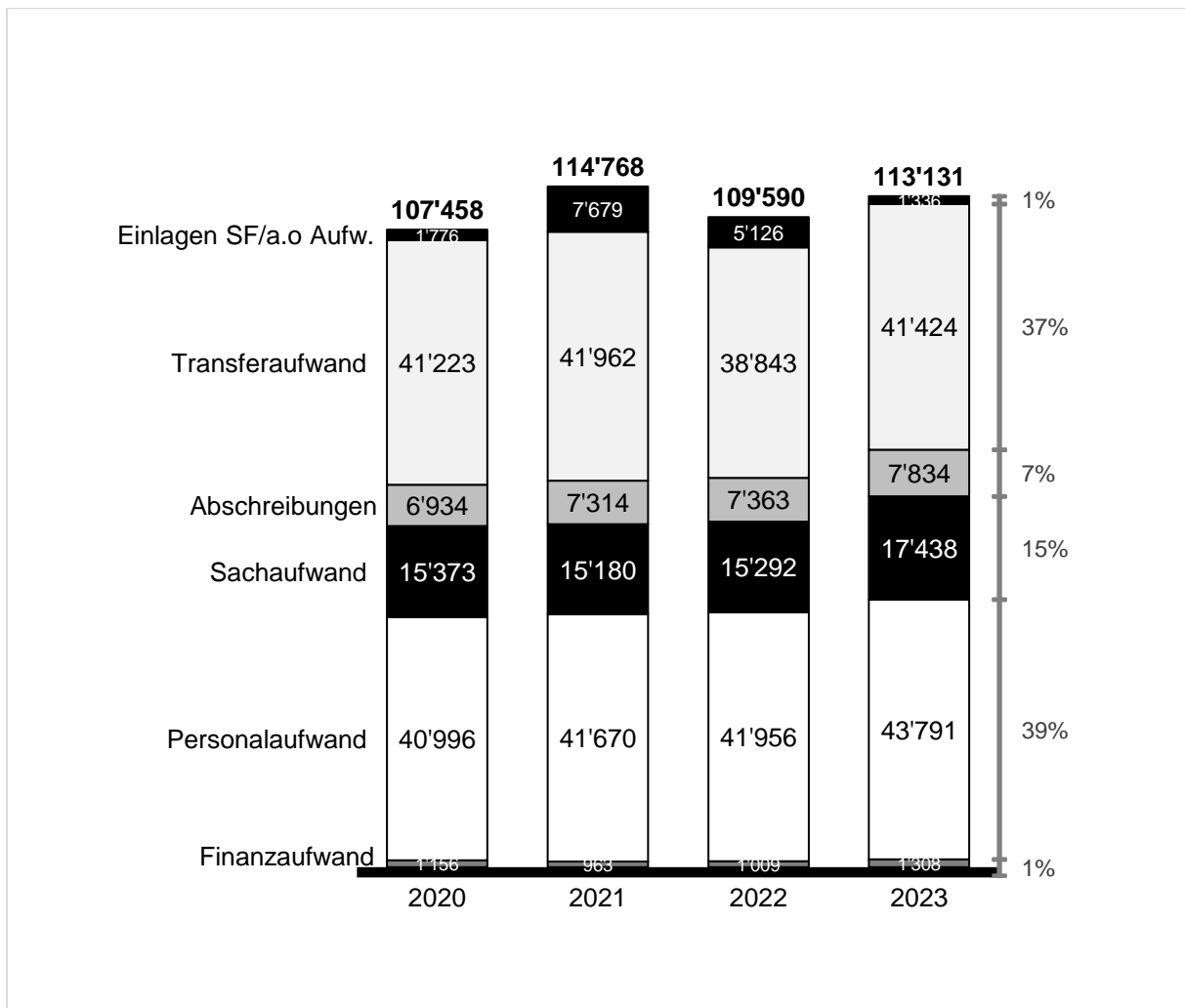
#### 3.1 Entwicklung der Kostenarten Aufwand 2020 bis 2023

Die wesentlichen Budgetabweichungen der Aufwand- und Ertragsarten sind im Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung enthalten. Die untenstehende Grafik zeigt die jeweiligen Abweichungen der Aufwandsarten in den letzten 4 Jahren. Die Personalkosten (ohne Sozialregion) haben sich um rund 2.80 Mio. Franken (+6.8%) erhöht. Die Funktionen Bildung (+7.9% oder 1.81 Mio. Franken) und Kultur- und Freizeit (+15.4% oder 0.66 Mio. Franken) sind dabei deutlich stärker gewachsen als die restlichen Funktionen. Diese sind im Schnitt um 2.3% gewachsen, was in etwa der ausbezahlten Teuerung entspricht. Im Bereich Bildung lässt sich die Zunahme durch die gestiegene Anzahl Schüler und Abteilungen erklären (Schuljahr 2020/2021: 1496 SuS sowie 81 Abteilungen, Schuljahr 2023/2024: 1600 SuS, 88 Abteilungen). Im Freizeitbereich betrifft dies die Zunahme der Personalkosten der Museen, welche jedoch teilweise gegenfinanziert werden, sowie die Pflege der Grünanlagen durch den Werkhof.

Der Sachaufwand hat insbesondere im Jahr 2023 stark zugenommen. Die Zunahme von etwas mehr als 2 Mio. Franken ist, hauptsächlich auf die steigenden Energiepreise (Kostenart 3120) mit einer Zunahme von 0.75 Mio. Franken sowie Beratungsleistungen in den Funktionen Bildung und Allgemeine Verwaltung (+0.23 Mio. Franken) zurückzuführen. Die Stadt konnte sich der Preisentwicklung der Jahre 2020 bis 2023 mit einer LIK-Steigerung von 5.6% ebenfalls nicht entziehen.

Die Abschreibungen haben im gleichen Zeitraum um rund 0.90 Mio. Franken zugenommen (+12.9%). Der Hauptgrund ist die Zunahme der hohen Investitionstätigkeit in den letzten Jahren.

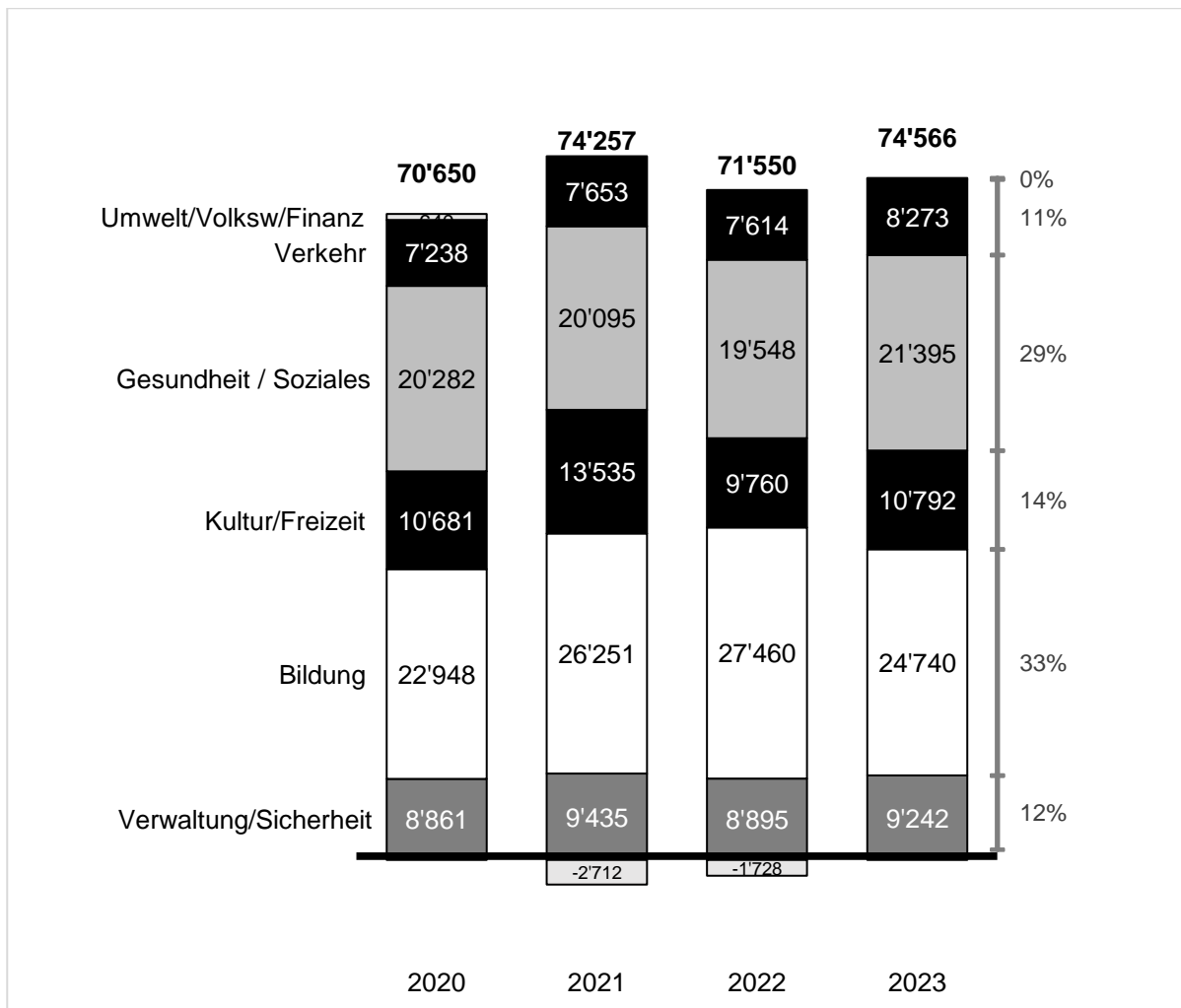
Der Kostenblock des Transferaufwands, also jener Teil ausserhalb der Verwaltung, erfuhr per Saldo keine wesentliche Veränderung. Bei verschiedenen Positionen gab es jedoch deutliche Zu- und Abnahmen. Der Bereich Gesundheit erfuhr eine Zunahme von 0.50 Mio. Franken, was auf die Kostensteigerung in der Pflegefinanzierung zurückzuführen ist. Der Sozialbereich stieg mit 0.64 Mio. Franken ebenfalls deutlich. Die Steigerung ist jedoch nicht auf die gesetzliche Sozialhilfe selbst zurückzuführen, sondern auf die Beiträge an die EL AHV (0.34 Mio.), Beiträge an Eltern für die Kinderkrippen und Tagesbetreuung (0.30 Mio.) und die Restkosten der Sozialadministration (0.16 Mio. Franken). In der allgemeinen Verwaltung stiegen die vom Kanton belasteten Kosten für die Steuerveranlagungen um 0.17 Mio. Franken). Die Verwaltung hat auf diese Position keinen Einfluss. Im Finanzbereich stiegen die Kosten für die Pauschale Steueranrechnung um 1.08 Mio. Franken. Dies hat damit zu tun, dass es zu Zugängen von steuerpflichtigen juristischen Personen kam, bei welchen die Steuern im Steuerertrag voll ausgewiesen werden, jedoch ein Teil aufgrund internationaler Tätigkeit mittels Steueranrechnung an ausländische Steuerbehörden zurückfliesst. Ebenso nahm die Zahlung an den Finanzausgleich (Disparitätenausgleich) um 1.97 Mio. Franken ab. Dies ist u.a auf die reduzierte Steuerkraft sowie der Senkung der Abschöpfungsquote zurückzuführen. Der a.o. Aufwand in den Jahren 2021 und 2022 ist auf die Einlagen in die Vorfinanzierung der Schulanlage Kleinholz sowie im Jahr 2021 die ausserordentlichen Abschreibungen des Hauses der Museen zurückzuführen.



Grafik: Aufwandarten In TCHF (ohne Interne Verrechnungen)

### 3.2 Entwicklung der Funktionen (Nettokosten pro Funktion)

Während die Nettokosten in den Jahren 2020 – 2022 relativ konstant blieben, sind die Nettokosten insbesondere im Jahr 2023 stark angestiegen. Berücksichtigt man, dass in den Jahren 2021 und 2022 noch 6.4 Mio. Franken respektive 3.8 Mio. Franken an a.o. Kosten im Rahmen der Gewinnverwendung verbucht wurden, so beträgt die Steigerung der Nettokosten vom Jahr 2022 ins Jahr 2023 hohe 6.82 Mio. Franken (+10%). Kräftige Zuwachsraten innerhalb eines Jahres erfolgen in den Bereichen Bildung (+1.08 Mio. Franken / 4.6%), Kultur und Freizeit (1.03 Mio. Franken / 10.6%), Soziale Sicherheit (1.43 Mio. / + 9.3%) sowie Finanzen (+1.57 Mio. Franken / 34%).



Grafik: Nettokosten der Funktionen in TCHF

Nachfolgend werden die relevanten Abweichungen einzelner Funktionen kurz dargestellt bzw. begründet (in Tausend Franken - TCHF):

<b>0 Allg. Verwaltung</b>	R2022	B2023	R2023	$\Delta B/R$	$\Delta\%$
Aufwand	18'288	19'845	18'854	992	5%
Ertrag	9'637	10'436	10'002	434	4%
<b>Saldo</b>	<b>8'651</b>	<b>9'409</b>	<b>8'852</b>	<b>557</b>	<b>6%</b>

In der Planung wurde die Teuerung von 2% zentral in der Funktion 0228 aufgenommen. Die effektive Belastung erfolgte dann in den Stammfunktionen der Mitarbeitenden. Ebenso wurden in der Planung die Bezugsprovisionen des kantonalen Steueramtes unter der Funktion 9 vorgenommen; die effektive Belastung erfolgte nun bei der Steuerverwaltung.

Im Ertrag fallen tiefere interne Verrechnungen der Sozialleistungen (Funktion 0228) sowie tiefere verrechnete IT-Kosten (Funktion 0224) an. Diese sind auch aufgrund tieferer Nettokosten angefallen.

<b>1 öffentliche Sicherheit</b>	R2022	B2023	R2023	ΔB/R	Δ%
Aufwand	2'794	3'235	3'071	164	5%
Ertrag	2'550	2'570	2'680	-110	-4%
<b>Saldo</b>	<b>244</b>	<b>665</b>	<b>391</b>	<b>274</b>	<b>41%</b>

Die Nettokosten der Funktion Zivilschutz wurden um 144'000 Franken unterschritten, ebenso jene der Feuerwehr um 40'000 Franken. In der Abteilung Ordnung und Sicherheit betragen die Minderkosten 26'000 Franken und die Mehrerträge 67'000 Franken.

<b>2 Bildung</b>	R2022	B2023	R2023	ΔB/R	Δ%
Aufwand ordentlich	32'326	33'260	33'544	-284	-1%
Aufwand Vorfinanzierung	3'200				
Ertrag	8'066	8'270	8'804	-533	-6%
<b>Saldo</b>	<b>27'460</b>	<b>24'990</b>	<b>24'740</b>	<b>250</b>	<b>1%</b>

Per Saldo erreichte der Bereich Bildung eine Ziellandung. Die wesentlichen Mehrkosten betreffen die Bereiche der Schulleitung und der Schulliegenschaften. Mehrerträge betreffen Abweichungen bei den Schülerpauschalen.

<b>3 Kultur/Freizeit/Sport</b>	R2022	B2023	R2023	ΔB/R	Δ%
Aufwand	12'063	12'412	13'344	-932	-8%
Ertrag	2'303	2'098	2'552	-454	-22%
<b>Saldo</b>	<b>9'760</b>	<b>10'314</b>	<b>10'792</b>	<b>-477</b>	<b>-5%</b>

Abweichungen ergaben sich vor allem beim Haus der Museen und beim Kunstmuseum. Die Mehrkosten in diesen Bereichen konnten jedoch zu einem grossen Teil durch Mehrerlöse kompensiert werden. In der Funktion Sport musste die Beteiligung der Sportpark AG aufgrund eines tieferen Steuerwertes um rund 189'000 Franken wertberichtigt werden. Im Bereich der Parkanlagen wurde die interne Verrechnung der Personalkosten aufgrund Mehrleistungen des Werkhofes für Sicherheitsholzerei erhöht.

<b>4 Gesundheit</b>	R2022	B2023	R2023	ΔB/R	Δ%
Aufwand	4'172	4'562	4'583	-22	0%
Ertrag	11	11	10	1	9%
<b>Saldo</b>	<b>4'160</b>	<b>4'550</b>	<b>4'573</b>	<b>-23</b>	<b>0%</b>

Abweichungen ergaben sich bei den kantonalen Beiträgen an die Pflegekostenfinanzierung (+348'000 Franken) und resultierenden Minderkosten Beiträge an die Restkosten der ambulanten Pflege (-291'000 Franken).

<b>5 Soziales</b>	R2022	B2023	R2023	ΔB/R	Δ%
Aufwand	16'469	17'311	17'858	-547	-3%
Ertrag	1'081	924	1'036	-111	-12%
<b>Saldo</b>	<b>15'388</b>	<b>16'387</b>	<b>16'822</b>	<b>-436</b>	<b>-3%</b>

Die Minder- resp. Mehrkosten im Bereich der sozialen Sicherheit sind auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Beiträge an die Ergänzungsleistung der AHV (+ 237'000 Franken)
- Subjektfinanzierung für Kinder in Tagesstätten und Krippen (+ 200'000 Franken)
- Beiträge an die gesetzliche Sozialhilfe / pro Kopf Beiträge (+375'000 Franken)
- Beiträge an die Sozialregion inkl. Restkosten (-218'000 Franken)
- Alimentenbevorschussung / Kantonale Abrechnung (-64'000 Franken)

<b>6 Verkehr</b>	R2022	B2023	R2023	ΔB/R	Δ%
Aufwand	10'783	11'307	11'413	-106	-1%
Ertrag	3'169	3'325	3'140	186	6%
<b>Saldo</b>	<b>7'614</b>	<b>7'982</b>	<b>8'273</b>	<b>-291</b>	<b>-4%</b>

Beim Aufwand lag die kantonale Abrechnung für den Gemeindeanteil am öffentlichen Verkehr rund 115'000 Franken unter dem Planwert. Die Einnahmen aus Parkplatzgebühren, Parkkarten und vermieteten Parkplätzen lagen rund 176'000 Franken unter Budget.

<b>7 Umwelt/Raumordnung</b>	R2022	B2023	R2023	ΔB/R	Δ%
Aufwand	9'482	10'431	9'926	505	5%
Ertrag	7'195	7'694	7'369	325	4%
<b>Saldo</b>	<b>2'287</b>	<b>2'737</b>	<b>2'557</b>	<b>181</b>	<b>7%</b>

Für die Ortsplanrevision war vorgesehen, eine eigene Person anzustellen und mittels Aktivierung der Investitionsrechnung zu belasten. Da keine Person angestellt wurde, hat dies zur Folge, dass sowohl Aufwand und Ertrag jeweils um rund 130'000 Franken abweichen.

<b>8 Volkswirtschaft</b>	R2022	B2023	R2023	ΔB/R	Δ%
Aufwand	691	713	707	6	1%
Ertrag	99	123	101	22	18%
<b>Saldo</b>	<b>592</b>	<b>590</b>	<b>606</b>	<b>-16</b>	<b>-3%</b>

Keine Bemerkungen

<b>9 Finanzen u. Steuern</b>	R2022	B2023	R2023	ΔB/R	Δ%
Aufwand	-4'076	-2'582	-1'869	-713	28%
Finanzausgleich (Netto)	203	650	649	1	0%
Ertrag o. Steuern	936	2'366	2'469	-102	-4%
<b>Saldo vor Steuern</b>	<b>-4'809</b>	<b>-4'299</b>	<b>-3'688</b>	<b>-610</b>	<b>14%</b>
Steuerertrag (KoA 400-402)	75'723	72'024	89'989	17'966	25%
<b>Saldo nach Steuern</b>	<b>-80'532</b>	<b>-76'322</b>	<b>-93'678</b>	<b>-17'356</b>	<b>23%</b>

Die Abweichung des Saldos nach Steuern von 17'356'000 Franken ist auf folgende Positionen zurückzuführen:

Aufwand: Im Jahr 2023 wurde erstmals eine zentrale Budgetkorrektur analog der Investitionsrechnung mitberücksichtigt. Der damit verbundene negative Sachaufwand von 1'218'600 Franken konnte nur in sehr geringem Masse und in den anderen Funktionen realisiert werden. Der Aufwand für Forderungsverluste und Wertkorrekturen lag rund 247'000 Franken unter Budget. Wie in der Funktion 0 erwähnt, wurden die Bezugsprovisionen des kantonalen Steueramtes unter der Steuerverwaltung verbucht. Die Planung von 190'000 Franken erfolgte in der Funktion 9.

Zinserlöse aus Verzugszinsen (Steuern): Die Mehrerträge aus den Zinsgutschriften und den Verzugszinsen betragen rund 289'000 Franken. Grosse Teile davon sind auf Nach- und Strafsteuerverfahren zurückzuführen.

Verzinsung des Dotationskapitals sbo

Die geplante zusätzliche Ausschüttung von 500'000 Franken konnte nicht realisiert werden.

Steuerertrag

Der zur Planung deutlich abweichende Steuerertrag ist auf die Erlöse der juristischen Personen zurückzuführen. Eine detaillierte Analyse der Abweichungen des Steuerertrages findet sich in Kapitel 2.5.1 des Verwaltungsberichtes der Direktion Finanzen und Dienste.

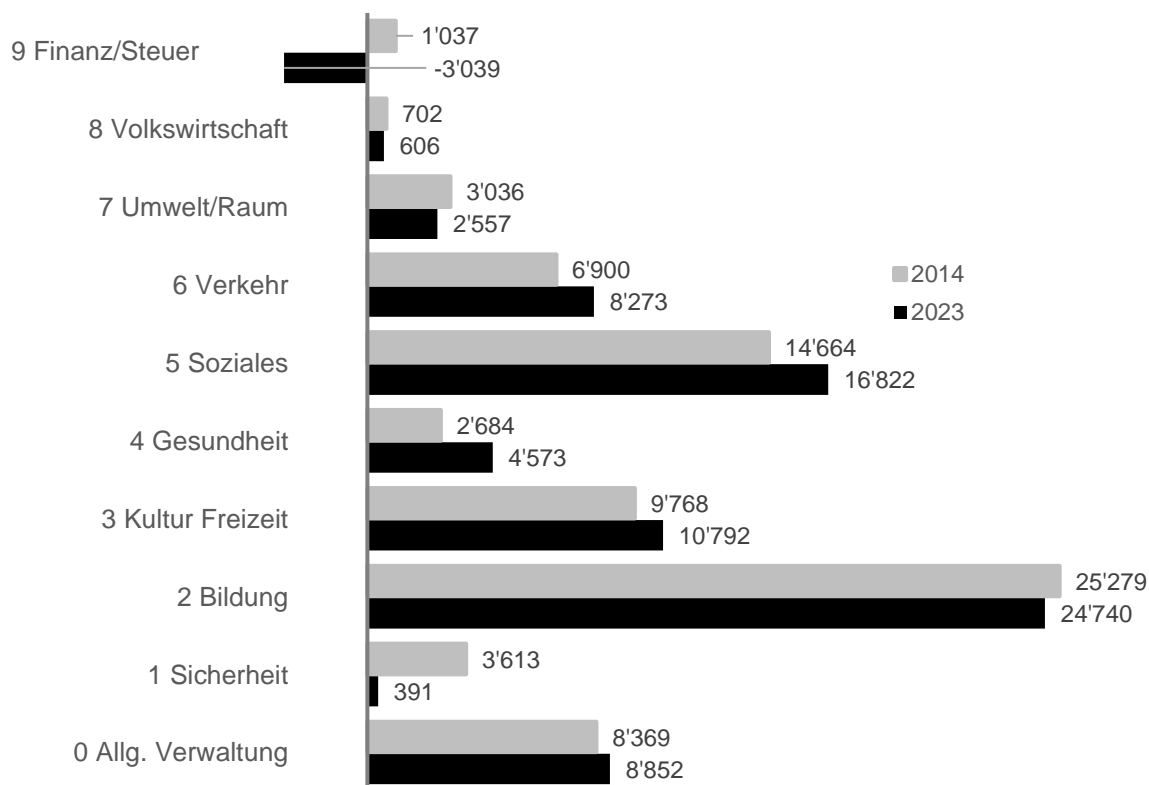
#### 4. Vergleich Entwicklung der Nettobelastungen der Hauptfunktionen 2014- 2023

Ein Vergleich der Rechnungen 2014 und 2023 zeigt, dass die Nettokosten in vielen Bereichen abgenommen haben. Da bis Ende 2015 die Rechnungslegung noch unter HRM1 erfolgte und im Rahmen der Umstellung auf HRM2 gewisse Erlöse und Kosten zwischen den Funktionen verschoben wurden, ist ein genauer Vergleich schwierig. In der öffentlichen Sicherheit ist im Jahr 2014 die Stadtpolizei noch dabei.

**Nettokosten pro Funktion** in TCHF  
2014, 2023 IST

Funktion	2014	2023	Δ Eff.	Δ%
0 Allgemeine Verwaltung	8'369	8'852	483	6%
1 Öffentliche Sicherheit	3'613	391	-3'222	-89%
2 Bildung	25'279	24'740	-539	-2%
3 Kultur, Freizeit	9'768	10'792	1'024	10%
4 Gesundheit	2'684	4'573	1'888	70%
5 Soziale Wohlfahrt	14'664	16'822	2'158	15%
6 Verkehr	6'900	8'273	1'373	20%
7 Umwelt, Raumordnung	3'036	2'557	-479	-16%
8 Volkswirtschaft	702	606	-96	-14%
9 Finanzen (ohne. Steuern 400/401/402)	1'037	-3'039	-4'076	-393%
<b>Nettokosten vor Steuern</b>	<b>76'052</b>	<b>74'566</b>	<b>-1'486</b>	<b>-2%</b>
<b>Steuerertrag</b>	<b>67'609</b>	<b>89'989</b>	<b>22'380</b>	<b>33%</b>
Jahresergebnis (+Verlust/-Gewinn)	8'443	-15'423	-23'866	<>100%

Tabelle: Entwicklung Funktionen in TCHF



Grafik: Entwicklung Funktionen 2014/2023

## 5. Investitionsrechnung

Mit Bruttoinvestitionen von 22.8 Mio. Franken wurden die geplanten Bruttoinvestitionen von 26.5 Mio. Franken um 3.6 Mio. Franken unterschritten. 4 Mio. Franken beträgt alleine die Abweichung beim Neubau der Schulanlage Kleinholz.

### Investitionen in TCHF 2023 VJ, BUD, IST

	R2022	B2023	R2023	Δ Eff.	Δ%
+ Bruttoinvestitionen	17'061	32'478	22'855	-9'623	-30%
- Pauschale Kürzung		-6'000		6'000	
<b>Bruttoinvestitionen nach Kürzung</b>	<b>17'061</b>	<b>26'478</b>	<b>22'855</b>	<b>-3'623</b>	<b>-14%</b>
- Investitionsbeiträge	-949	-2'250	-827	-1'423	63%
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>16'112</b>	<b>24'228</b>	<b>22'028</b>	<b>2'200</b>	<b>9%</b>

Eine Liste mit Begründung der abweichenden wichtigsten Investitionen (> 100'000 Franken) befindet sich im Bericht der Finanzverwaltung unter dem Kapitel 3.1.

## 6. Bilanz

Gegenüber dem Vorjahr steigt die Bilanzsumme um rund 20 Mio. Franken. Im Finanzvermögen steigen insbesondere die aktiven Rechnungsabgrenzungen, dies aufgrund der Berücksichtigung der prognostizierten, aber noch nicht in Rechnung gestellten Steuererträge juristischer Personen. Aufgrund der hohen Investitionen – vermindert um die Abschreibungen – nimmt das Verwaltungsvermögen um rund 12 Mio. Franken zu. Zur Finanzierung insbesondere der neuen Schulanlage Kleinholz wurden zusätzlich Fremdmittel im Umfang von 10 Mio. Franken aufgenommen. Die Zunahme des Eigenkapitals beruht hauptsächlich auf die Zuweisung des Gewinnes 2023. Die Nettoschuld beträgt Ende 2023 rund 19.2 Mio. Franken.

### Bilanz Global in TCHF

2019..23

	2019	2020	2021	2022	2023
Flüssige Mittel	24'178	18'803	16'780	22'197	21'732
Forderungen	27'314	32'758	29'697	28'412	23'203
davon KK sbo,SRO,ZSO,RFS	11'146	15'254	11'678	10'635	6'068
kurzfristige Finanzanlagen	4'800	4'800	1'300	3'000	
Aktive Rechnungsabgrenzung	6'270	4'661	6'823	8'681	22'274
Vorräte	13	34	43	62	18
Finanzanlagen	1'318	1'319	4'825	1'826	4'839
Sachanlagen Finanzvermögen	25'303	24'329	28'640	28'640	28'501
<b>Finanzvermögen (FV)</b>	<b>89'196</b>	<b>86'704</b>	<b>88'107</b>	<b>92'819</b>	<b>100'569</b>
Sachanlagen VV	95'417	98'845	102'398	111'116	125'204
Darlehen	437	390	595	551	507
Beteiligungen im VV	18'508	18'034	18'034	18'034	17'845
davon Beteiligung sbo	14'000	14'000	14'000	14'000	14'000
Investitionsbeiträge	36'153	35'234	33'891	32'131	30'440
davon Schuldanerkennung PKO	27'592	26'442	25'292	24'143	22'993
<b>Verwaltungsvermögen (VV)</b>	<b>150'515</b>	<b>152'502</b>	<b>154'918</b>	<b>161'832</b>	<b>173'996</b>
<b>Total Aktiven</b>	<b>239'711</b>	<b>239'206</b>	<b>243'026</b>	<b>254'651</b>	<b>274'565</b>
Laufende Verbindlichkeiten	15'768	20'879	18'755	20'090	17'224
Kurzfristige Finanzverbindl.	15'000	7'000	15'000	20'000	20'000
Passive Rechnungsabgrenz.	6'446	8'276	8'927	9'769	8'693
Langfristige Finanzverbindl.	52'000	50'000	42'000	40'000	50'000
Langfristige Rückstellungen	332				
Verbindl. ggü Fonds FK	28'337	27'218	26'136	25'001	23'835
davon Schuldanerkennung PKO	27'592	26'442	25'292	24'143	22'993
<b>Fremdkapital (FK)</b>	<b>117'883</b>	<b>113'372</b>	<b>110'818</b>	<b>114'859</b>	<b>119'751</b>
Eigenkapital Abwasser/Abfall	9'932	11'358	12'355	13'378	14'587
Fonds im Eigenkapital	8'187	7'988	7'867	7'814	7'565
Vorfinanzierungen	2'177	2'162	5'348	9'133	9'115
Neubewertungsreserven	6'983	6'721	5'377	4'033	2'688
Bilanzüberschuss	94'549	97'606	101'261	105'434	120'858
<b>Eigenkapital (EK)</b>	<b>121'828</b>	<b>125'834</b>	<b>132'208</b>	<b>139'792</b>	<b>154'813</b>
<b>Total Passiven</b>	<b>239'711</b>	<b>239'206</b>	<b>243'026</b>	<b>254'651</b>	<b>274'565</b>
<b>Nettoschuld (FK-FV)</b>	<b>28'687</b>	<b>26'668</b>	<b>22'711</b>	<b>22'040</b>	<b>19'182</b>

## 7. Ergebnisse aus der Spezialfinanzierung

### 7.1 Abwasserentsorgung (7201)

Bei einem Umsatz von 4.60 Mio. Franken schliesst die Betriebsrechnung 2023 mit einem Überschuss von 1'029'066.98 Franken ab. Geplant war ein Überschuss von 911'800 Franken. Mit einer Selbstfinanzierung von 1.52 Mio. Franken konnten die getätigten Nettoinvestitionen von 0.04 Mio. Franken vollständig gedeckt werden. Damit wird aus dem Guthaben der Stadt ein Guthaben der Spezialfinanzierung von 0.25 Mio. Franken.

#### Bilanz Abwasser in TCHF 2023, VJ, IST

	2022	2023
Forderungen allgemein	65	43
Ford. ggü. Steuerhaushalt		249
Aktive Rechnungsabgrenzung	912	1'060
<b>Finanzvermögen</b>	977	1'352
Sachanlagen VV	9'639	9'192
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>9'639</b>	<b>9'192</b>
<b>Total Aktiven</b>	<b>10'616</b>	<b>10'544</b>
laufende Verbindlichkeiten	-36	-10
Verbindlichkeiten ggü. Steuerhaushalt	1'127	
Passive Rechnungsabgrenzung		
<b>Fremdkapital</b>	<b>1'091</b>	<b>-10</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>9'525</b>	<b>10'554</b>
<b>Total Passiven</b>	<b>10'616</b>	<b>10'544</b>

### 7.2 Abfallbeseitigung (7301)

Die Abfallrechnung 2023 schliesst mit einem Überschuss von 180'452.91 Franken ab. Geplant war ein Überschuss von 129'100 Franken. Der Buchwert der Aktiven beträgt 1.84 Mio. Franken. Das bilanzierte Fremd- und Eigenkapital beträgt 4.33 Mio. Franken. Die Abfallrechnung weist deshalb gegenüber der Einwohnergemeinde ein Guthaben von rund 2.49 Mio. Franken aus. Gegenüber dem Vorjahr hat das Guthaben aufgrund tiefer Investitionen und einem hohen Überschuss von 2.22 Mio. auf 2.49 Mio. zugenommen. Das Guthaben beträgt mehr als einen Jahresumsatz.

**Bilanz Abfallrechnung** in TCHF  
2023, VJ, IST

	<b>2022</b>	<b>2023</b>	
Forderungen allgemein	33	41	
Ford. ggü. Steuerhaushalt	2'222	2'487	◀◀
Aktive Rechnungsabgrenzung	89	108	
<b>Finanzvermögen</b>	<b>2'344</b>	<b>2'636</b>	
Sachanlagen VV	1'779	1'689	
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>1'779</b>	<b>1'689</b>	
<b>Total Aktiven</b>	<b>4'123</b>	<b>4'325</b>	
Laufende Verbindlichkeiten	56	67	
Passive Rechnungsabgrenzung	214	224	
<b>Fremdkapital</b>	<b>270</b>	<b>291</b>	
<b>Eigenkapital</b>	<b>3'853</b>	<b>4'034</b>	
<b>Total Passiven</b>	<b>4'123</b>	<b>4'325</b>	

## 8. Sonderrechnungen

### 8.1 Regionale Zivilschutzorganisation

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden beträgt 467'775.42 Franken und liegt 26'824.58 Franken unter dem Budgetwert.

### 8.2 Regionaler Führungsstab

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden beträgt 22'223.65 Franken und liegt rund 17'676.35 Franken unter dem Budgetwert. Von den geplanten Sachkosten von rund 30'800 Franken wurden lediglich rund 15'400 Franken ausgelöst.

### 8.3 Sozialregion

Die Nettounterstützungsleistungen (5720.3637.00/5720.4260.00) der gesetzlichen Sozialhilfe betragen rund 18.9 Mio. Franken und nahmen gegenüber dem Budget 2023 um rund 1.70 Mio. ab. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Zunahme 0.87 Mio. Franken oder rund 5%. Der Beitrag aus dem Lastenausgleich erhöhte sich um 0.1 Mio. Franken. Der Anteil des Lastenausgleichs an den Kosten sank von 38% auf 37%.

#### Sozialregion Nettokosten in TCHF

VJ, IST 2023

Jahr	2022	2023	Δ Eff.	Δ%
Bruttounterstützungen	28'286	28'020	-266	-1%
Rückerstattungen	-9'357	-8'221	1'136	-12%
<b>Nettokosten vor Ausgleich</b>	<b>18'929</b>	<b>19'799</b>	<b>870</b>	<b>5%</b>
Lastenausgleich	-7'150	-7'287	-137	-5%
<b>Nettokosten</b>	<b>11'779</b>	<b>12'512</b>	<b>733</b>	<b>6%</b>
<i>Anteil Lastenausgleich an Kosten</i>	<i>38%</i>	<i>37%</i>		

Bei den Bruttounterstützungen kam es – bis auf die stationären Aufenthalte / Kinderschutzmassnahmen – in allen Kategorien zu Kostenabnahmen. Die stärksten Rückgänge ergaben sich bei den Auslagen für Fremdbetreuung, Verkehrsauslagen und auswärtige Betreuung sowie den Wohnkosten. Eine detaillierte Aufstellung der Abweichungen in den Kostengruppen befindet sich in Kapitel 2.1 des Verwaltungsberichtes der Direktion Soziales. Der Anteil der Gemeinden an die Restkosten der Sozialregion nahm gegenüber dem Vorjahr um rund 432'000 Franken (+17%) zu. Die Restkosten liegen aber rund 349'000 Franken unter den budgetierten Kosten.

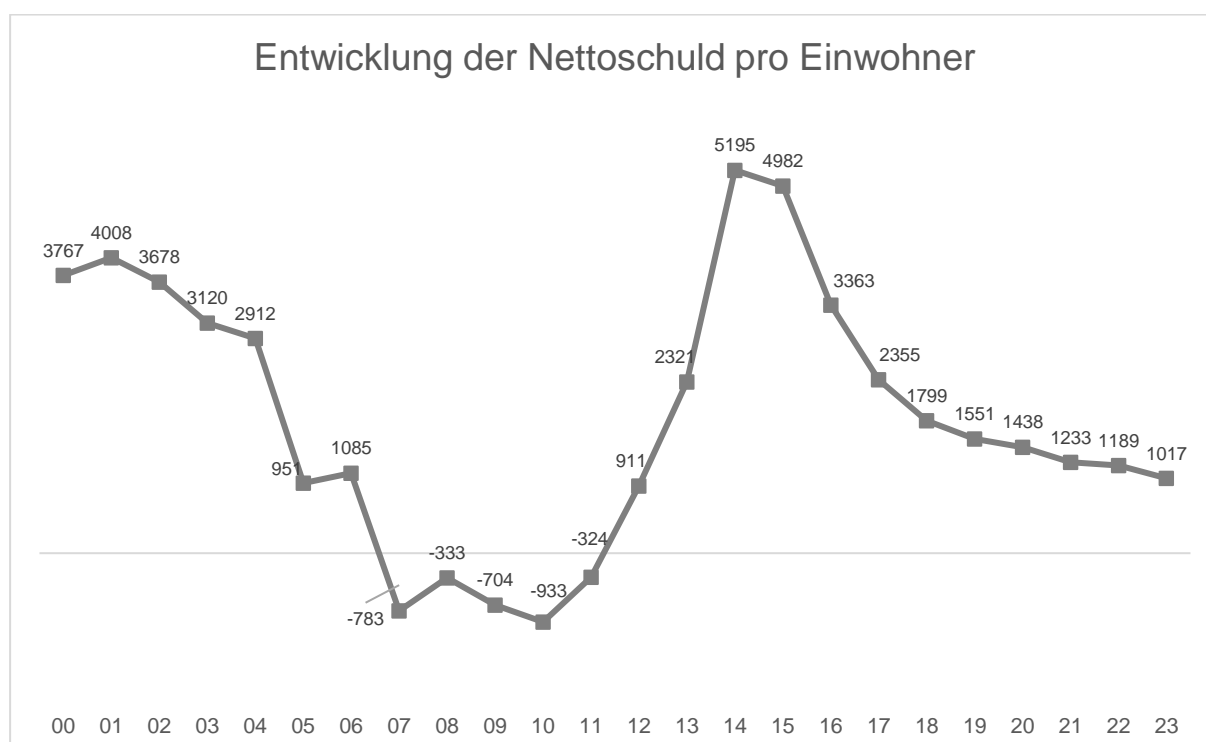
## 9. Kennzahlen

Mit der Einführung von HRM2 weist die Gemeinde im Anhang ihrer Jahresrechnung eine grosse Anzahl Finanzkennzahlen aus. Nebst Massnahmen beim Vorliegen eines Bilanzfehlbetrages (Fremdkapital ist grösser als die Aktivseite der Bilanz) schreibt das Gemeindegesetz auch eine Massnahme vor, wenn der Nettoverschuldungsquotient (Nettoschuld im Verhältnis des Steuerertrages beim Steuersatz 100%) 150% übersteigt. Weiter hat der Regierungsrat ein Schuldencontrolling für Gemeinden definiert. Andere Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes werden nicht vorgegeben.

Neben den Kennzahlen zur Pro-Kopf-Verschuldung und des Nettoverschuldungsquotienten ist auch der Selbstfinanzierungsgrad im Auge zu behalten:

### Nettoschuld pro Einwohner/in (Kapitel 4.3 Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung)

Innerhalb der letzten 10 Jahren konnte die Nettoschuld pro Einwohner von 5'195 Franken auf 1'017 Franken reduziert werden. Eine solche Nettoschuld gilt als „mittlere Verschuldung“. Trotz der markant steigenden Zinsen ist sie in diesem Umfang tragbar. Bei einer Nettoschuld ab 5'000 Franken werden Gemeinden beim Kanton auf eine „Watchlist“ gesetzt und der Kanton kann Massnahmen verordnen (RRB 392 vom 23.2.1999). Die Nettoschuld pro Einwohner war in den letzten 22 Jahren sehr volatil.



Grafik: Nettoschuld pro Einwohner Olten

## Selbstfinanzierungsgrad (Kapitel 4.2 Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung)

Gemäss ausgewiesener Finanzierungsrechnung (SFR) beträgt der operative Cashflow 23.72 Mio. Franken und der Selbstfinanzierungsgrad 107.7%. Die Geldflussrechnung (GFR) weist einen operativen Cashflow von rund 8.8 Mio. Franken aus. Damit konnten die Nettoinvestitionen zu rund 40% beglichen werden. Die sehr hohe Differenz zwischen dem operativen Cashflow gemäss Finanzierungsrechnung und Geldflussrechnung besteht darin, dass die Zusatzerträge juristischer Personen zwar dem Rechnungsjahr 2023 gutgeschrieben wurden, die Zahlung wird jedoch erst im Verlauf des Jahres 2024 oder 2025 stattfinden.

### **Vergleich Selbstfinanzierung vs. Geldfluss in TCHF**

2023

	<b>SFR</b>	<b>GFR</b>	<b>Δ eff</b>	<b>Δ%</b>
Operativer Cashflow	23'720	8'758	-14'922	-63%
Nettoinvestitionen	-22'028	-22'028	0	0%
<b>Free Cashflow</b>	<b>1'692</b>	<b>-13'270</b>	<b>-14'922</b>	<b>&gt;100%</b>
<i>Selbstfinanzierungsgrad</i>	<i>108%</i>	<i>40%</i>	<i>-68%</i>	

## Nettoverschuldungsquotient (Kapitel 4.1 Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung)

Der Nettoverschuldungsquotient gibt an, welcher Anteil der direkten Steuern der natürlichen und juristischen Personen bzw. wie viele Jahrestriechen erforderlich wären, um die Nettoschulden abzutragen. Der Steuerertrag wird auf einen Steuerfuss von 100% gewichtet gerechnet. Aktuell beträgt der Nettoverschuldungsquotient 23.5%. Die Stadt würde somit für die Tilgung der Nettoschuld bei einem Steuerfuss von 100% etwas weniger als ein Viertel eines jährlichen Steuerertrages benötigen. Die aktuelle Nettoschuld beträgt 19.18 Mio. Franken. Der maximale zusätzliche Verschuldungsspielraum, welcher ohne gesetzliche Einschränkungen möglich ist, beträgt rund 103.25 Mio. Franken (19.18 Mio. / 23.5% \* 150% - 19.18 Mio.).

### Beschlussesantrag:

Gemäss Beilage

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Finanzkommission zugestellt.

### **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Martin Räber, FIKO:** Die Finanzkommission hat am 10. Juni die Jahresrechnung 2023 besprochen und sie empfiehlt – um es vorwegzunehmen – einstimmig den Anträgen des Stadtrats zu folgen. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Gewinn von rund CHF 15.4 Mio. ab. Verabschiedet war ein Budget mit einem Verlust von CHF 2 Mio. Wenn man den gestuften Erfolgsausweis auf Seite 7 des Berichts anschaut, wird schnell klar, woher diese Differenz kommt. Es sind nämlich die Steuereinnahmen. Diese sind rund ein Viertel über den geplanten Steuereinnahmen. Der Erfolgsausweis zeigt auch, dass der betriebliche Aufwand über den geplanten Ausgaben liegt. Die Abweichung ist zwar mit einem Prozent moderat, aber in den letzten Jahren wurde der Planaufwand nie überschritten. Ohne die Abweichung der Steuern wäre das Ergebnis sehr nahe beim Budget. Die Analyse der Abweichungen der Steuern findet

man auf Seite 268 des Berichts. Es zeigt insbesondere, dass die Abweichungen bei den juristischen Personen passiert sind. Anstelle von CHF 13.7 Mio. wurden CHF 28.5 Mio. eingenommen. Die Steuererträge bei den juristischen Personen sind, wie wir alle wissen, sehr volatil. Ob diese Mehrerträge in den nächsten Jahren wiederkommen werden, ist natürlich mehr als fraglich. Zumindest kann man sagen, dass diese Mehrerträge die Verluste der STAF kompensieren. Auf Seite 269 gibt es eine Tabelle mit der Entwicklung der Steuererträge der juristischen Personen. Die Abweichung der einzelnen Konti sieht man in der Nachkreditsliste ab Seite 66 dokumentiert. Als wir dies in der FIKO besprochen hatten, gab es einige Abweichungen, die zu Diskussion und Kritik geführt haben. Aber unser Finanzverwalter konnte aufzeigen, dass es eben bei den einzelnen Positionen eigentlich um Umkontierungen geht und auch teilweise um Mehrausgaben, welche durch Einsparungen auf anderen Konti kompensiert werden konnten. Bei der Investitionsrechnung wurde mit Nettoinvestitionen von rund CHF 24.3 Mio. geplant. Effektiv waren es dann aber nur CHF 22 Mio. Dies ist im Bericht ab Seite 272 dokumentiert. Der Gewinn dieser CHF 15.4 Mio. heisst nun nicht, dass die Stadt jetzt CHF 15.4 Mio. mehr in der Kasse hätte. Auf Seite 6 des Berichts wird aufgezeigt, dass die Selbstfinanzierung rund CHF 23.7 Mio. beträgt und damit eben die Nettoinvestitionen von CHF 22 Mio. bezahlt werden konnten. Daraus resultiert ein Finanzierungsüberschuss von lediglich CHF 1.7 Mio. Und dieser trägt dazu bei, dass die Nettoschuld entsprechend reduziert werden konnte. Das sieht man in der Bilanz auf Seite 16 des Berichts, wo die Nettoschuld nur noch CHF 19.6 Mio. beträgt. Die Differenz zum Vorjahr beträgt CHF 2.8 Mio. Und zu diesem Finanzierungsüberschuss kommt ein Abbau der Pensionskassenschuld von CHF 1.1 Mio. dazu. Dank dieser beiden Sachen konnte die Pro-Kopf-Verschuldung reduziert werden. Nämlich von CHF 1189 auf CHF 1017. Das sieht man auch in der Graphik auf Seite 19. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von CHF 1017 hat die Stadt Olten jedoch noch immer eine tiefe mittlere Verschuldung. Und natürlich wäre es wünschenswert, wenn diese noch etwas tiefer wäre. Aber man kann auch sagen, diese Verschuldung ist aufgrund der aktuellen Zinssituation für die Stadt Olten tragbar. Man kann sagen, die finanzielle Situation der Stadt Olten ist robust. Mit einem Bilanzierungsüberschuss von CHF 121 Mio. können wir auch mal ein schlechtes Jahr überbrücken. Die Diskussionen in der FIKO haben gezeigt, dass die aktuelle Finanzsituation zwar erfreulich ist, aber eben auch sehr gefährlich. Es gibt die Klumpenrisiken beim Steuerertrag. Auf der anderen Seite werden nun durch die guten Abschlüsse neue Begehrlichkeiten geweckt. Vor rund zehn Jahren waren wir schon mal in einer ähnlichen Situation. Wir mussten damals jedoch bittere Konsequenzen ziehen, weil wir die Steuern reduziert hatten. Insofern gilt es auch bei Steuersenkungen als auch bei den Ausgabenausweitungen vorsichtig zu sein. Zudem kommt dazu, dass wir ab 2026 rund einen Drittel dieser zusätzlichen Erträge dem kantonalen Finanzausgleich abliefern müssen. Der Bericht wurde von der Kommission insgesamt gut aufgenommen. Insbesondere kam das neue Inhaltsverzeichnis in der FIKO gut an. Die FIKO hat in der letzten Sitzung noch einen Auftrag eingereicht, wo wir zuhause des Stadtrats Optimierungsvorschläge machen, wie man eine einheitliche Struktur in den Bericht reinbringen könnte. Ihr werdet dies im Parlament noch diskutieren. Die FIKO dankt dem Stadtrat sowie der Verwaltung für die geleistete Arbeit und beantragt dem Parlament, wie schon erwähnt, dass man die Jahresrechnung in der vorliegenden Form genehmigt.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Das ist halt der Nachteil von Zahlen. Die kann man nicht abändern. So werdet ihr von mir gewisse hören, die Martin bereits erwähnt hat. Beim generellen Überblick schliesst die Jahresrechnung 2023 mit einem unerwarteten hohen Gewinn von CHF 15.4 Mio. ab. Das Budget hatte einen Verlust von rund CHF 2 Mio. vorgesehen. Bei der Investitionsrechnung wurde mit Nettoinvestitionen von rund CHF 24.3 Mio. geplant. Effektiv wurden CHF 22 Mio. realisiert. Wie Martin bereits gesagt hat, hat die Selbstfinanzierung rund CHF 23.7 Mio. betragen. Wenn man die Nettoinvestitionen von CHF 22 Mio. abzieht, bleibt ein Finanzierungsüberschuss von CHF 1.7 Mio. Die Pro-Kopf-Verschuldung konnte von CHF 1189 auf CHF 1017 reduziert werden. Wenn man die Graphik auf Seite 19 anschaut, hat die Nettoschuld im Jahr 2014 rund CHF 5200 betragen. Aber selbst mit diesen CHF 1017 besteht noch immer eine mittlere Verschuldung. Zur Erfolgsrechnung: Wenn man die Abweichungen in der Erfolgsrechnung anschaut, so liegt die Hauptabweichung vor allem bei den Steuern. Diese liegen einen Viertel über den geplanten Steuereinnahmen.

Wie Martin bereits gesagt hat, kann man diese Abweichungen auf Seite 268 des Berichts anschauen. Es sind vor allem Abweichungen bei juristischen Personen. Anstelle der geplanten CHF 13.7 Mio. wird ein Saldo von CHF 28.5 Mio. ausgewiesen. Die grossen Mehreinnahmen sind vor allem auf zwei juristische Personen zurückzuführen. Ob diese auch in Zukunft regelmässig in dieser Höhe fliessen werden, kann nicht vorausgesagt werden. Es muss aber festgehalten werden, dass dank diesen zwei juristischen Personen zwar mehr Geld geflossen ist, aber das Klumpenrisiko dadurch noch viel grösser wird. Trotz des guten Abschlusses darf aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass im 2023 der Aufwand gegenüber dem Jahr 22 ohne Einlage in die Vorfinanzierung eine Zunahme von CHF 7.9 Mio. aufweist. Das sind rund 7% mehr vom gesamten Aufwand. Also eine erhebliche Steigerung innerhalb eines Jahres. Steigerungen des Aufwands in dieser Höhe sollten in Zukunft vermieden werden. Denn wenn dann noch die Steuern wegfallen, besteht die Gefahr, in die gleiche Situation zu geraten wie vor rund zehn Jahren. Ab dem Jahr 2026 wird ein Drittel dieser Steuermehreinnahmen in den kantonalen Lasten-/Finanzausgleich abgeliefert werden müssen. Beim Sachaufwand wurde beim Budget eine technische Korrektur von 7% gemacht. Dies aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre. Leider konnte diese im 2023 nicht eingehalten werden, sondern man hat tatsächlich das ausgegeben, was auch budgetiert war. Daher ist der Sachaufwand rund CHF 1.1 Mio. höher als im Budget. Zur Bilanz: Sie ist auf Seite 16 ersichtlich und weist noch immer eine Nettoschuld von CHF 19 Mio. aus. Bei der aktiven Rechnungsabgrenzung sieht man, dass diese mit rund CHF 22 Mio. relativ hoch ist. Das rührt davon, dass die Steuermehreinnahmen bei den juristischen Personen zwar im Jahr 2023 gebucht wurden, aber die Zahlung erfolgt effektiv erst im 2024. Der Stadtrat dankt allen Beteiligten für die Erstellung des Berichts und beantragt dem Parlament die Beschlüsse gemäss Seite 26 und 27 zu genehmigen. Schliesslich möchte ich noch zwei Worte zu etwas Unerfreulichem verlieren. Es geht nicht an, dass Namen von Steuerpflichtigen, welche in der FIKO genannt werden, an Dritte weitergegeben werden. Ich bitte hier alle Kommissionsmitglieder, sich an das Amtsgeheimnis zu halten und weise darauf hin, dass eine Verletzung vom Amtsgeheimnis eigentlich einen Straftatbestand darstellt. Aufgrund des Vorgefallenen werden wir uns in der FIKO in Zukunft überlegen müssen, ob wir viel restriktiver informieren und keine Namen mehr nennen, wie wir es bis jetzt gemacht haben. Ob der Stadtrat weitere Massnahmen ergreifen will, muss noch diskutiert werden. Auch dem Oltner Tagblatt muss ich eine Rüge erteilen. Es kann nicht sein, dass die Zeitung Steuerpflichtige in einem Artikel nennt, aufgrund von Indiskretionen, und dies wiedergibt. Eine Zeitung sollte selber wissen, dass man dies nicht machen sollte. Und darum bitte ich euch auch, heute Abend keine Namen zu nennen, sondern einfach von juristischen Personen zu sprechen oder von anderen Steuerpflichtigen.

**Marc Winistörfer, Fraktion SVP:** Vorab, und das machen wir jedes Jahr und das gehört sich auch so, möchte ich Urs Tanner und seinem Team in der Finanzdirektion im Namen der Fraktion für die gute Arbeit herzlich danken. Danken möchte ich aber auch anderen Menschen, die massgeblich zu diesem Rechnungsabschluss beigetragen haben. Das sind die Oltner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die jedes Jahr der Stadt Olten einen Teil des hart verdienten Lohns abliefern müssen. Auf die Steuerzahler werde ich später noch einmal zurückkommen. Wir haben es bereits gehört, Olten macht – ich kann sagen wieder einmal – einen Überschuss. Dieses Mal sind es CHF 15.4 Mio. Notabene bei einem budgetierten Defizit von rund CHF 2 Mio. Der Rechnungsabschluss ist, und dies sehen auch wir so, sehr erfreulich. Erfreulich ist auch, dass der Überschuss nicht wegen des oft genannten oder selten angetroffenen Investitionsstaus anfällt. Der Grund für den Überschuss liegt auf der Einnahmenseite. Trotz STAF – und das haben wir auch schon gehört – steigen die Steuereinnahmen von juristischen Personen. Es bestätigt sich, was wir von der SVP immer wieder gesagt haben: Olten hat kein Einnahmeproblem, sondern allenfalls ein Ausgabenproblem. Damit kommen wir bereits jetzt zum negativen Punkt dieser Rechnung 2023. Die laufenden Ausgaben wachsen immer mehr. Nichts von Olten wird totgespart, wie es hier teilweise behauptet wird. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht die Investitionen sind die Ausgabentreiber, das muss man auch anmerken, sondern immer neue Stellen und höherer, laufender Aufwand in der Verwaltung. Ein Vergleich der Ausgaben 2023 mit den Ausgaben 2022 zeigt dies deutlich auf. Der Finanzdirektor hat dies gerade zuvor erwähnt. Die Kosten sind allerdings nicht in allen Direktionen gleichermassen gestiegen. Einzelne Direktionen halten ihre

Ausgaben konstant, andere – hier ist beispielsweise die Direktion Bildung und Sport zu nennen – werden jedes Jahr grösser und teurer. Ich kann es bereits vorwegnehmen: Ich weiss, dass nun das Argument kommen wird, dass die Anzahl Schülerinnen und Schüler gestiegen ist. Das ist ein Teil der Wahrheit, aber nicht die ganze Wahrheit. Mehrkosten fallen eben auch im Bereich Verwaltung an. Seit 2021 wurden laufend neue Stellen geschaffen, welche wir – notabene – bewilligt haben. Nicht meine Fraktion, aber die Mehrheit des Parlaments. Negativ sind auch Nachtragskredite im Umfang von CHF 1.6 Mio. in dieser Direktion aufgefallen. Es wäre aber nicht fair, und das möchte ich ausdrücklich sagen, hier nur die Direktion Bildung und Sport zu tadeln. Auch in anderen Verwaltungseinheiten ist die Verwaltung stark gewachsen. Mittlerweile beschäftigt Olten wieder so viele Leute wie 2014. Nur, dass wir damals noch ein Polizeicorps in unserem Dienst hatten. Wie man aus der Zeitung erfahren kann, sind schon wieder neue Stellen in der Pipeline. Ich kann es vorwegnehmen: Ein weiterer Ausbau der Verwaltung, sollte dies im Herbst in der Budgetdebatte angedacht sein, wird die SVP nicht mehr akzeptieren. Stattdessen werden wir, und das haben wir bereits angekündigt, in der Budgetberatung im Herbst einen Antrag auf moderate Steuersenkungen stellen. Die Oltner Steuerzahler/innen zahlen aus unserer Sicht Jahr für Jahr zu viele Steuern. Rechnet man die Überschüsse der letzten Jahre seit Legislaturbeginn hoch, kommt man auf rund CHF 33 Mio. Aus Sicht der SVP ist es höchste Zeit, dass den Oltner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler etwas zurückgegeben wird. Und bevor uns die Mär vom Investitionsstau wieder aufgetischt wird. Die Rechnung zeigt es gut, ein Blick in die Rechnung weist dies auch gut aus: Das Verwaltungsvermögen der Stadt Olten ist hoch, sehr hoch. Die Abschreibungen der Stadt Olten sind auch sehr hoch. Verwaltungsvermögen und Abschreibungen sind ein Indikator für die gemachten Investitionen der letzten dreissig Jahre. Einfach um es vorwegzunehmen. Ich weiss, das kommt jedes Jahr und wird wahrscheinlich dieses Jahr wieder gesagt werden. Nämlich, Olten habe einen Investitionsstau, Olten habe sich in der Vergangenheit zu Tode gespart. Das stimmt nicht, mit Ausnahme möglicherweise bei den wenigen Sparjahren, die wir hatten. Dort hat man gespart, dort hat man einen Teil der Zitrone ausgepresst, aber nicht die ganze, wenn ich den Finanzdirektor zitieren darf. Die Rechnung 2023 zeigt deutlich, dass die Stadt Olten in der Lage ist, ausreichend Einnahmen zu generieren. Eine Problematik, wenn es diese geben wird, ist auf der Ausgabenseite. Die notwendigen Investitionen können also auch nach einer moderaten Steuersenkung getätigt werden. Wesentlich ist einfach, dass die Effizienz gesteigert wird und die Budgetdisziplin höher ist als bisher. Ich komme zum Schluss. Die SVP-Fraktion wird sämtlichen Beschlussesanträgen zustimmen. Merci.

**Manfred Schoger, Fraktion Mitte/GLP/EVP:** Auch wir danken Urs Tanner und seinem Team für die einmal mehr makellose Aufarbeitung und das Dokument, das hier vorliegt, wie den verschiedenen Direktionen für die Berichte. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass die Inputs, die wir von der parlamentarischen Seite eingebracht haben, aufgenommen wurden. So wissen wir sehr zu schätzen, dass zum ersten Mal ein Inhaltverzeichnis zu den verschiedenen Berichten erstellt wurde, sodass man sich besser zurechtfinden kann. Vielen Dank. Wir hoffen, dass zu gegebener Zeit noch die anderen Inputs berücksichtigt werden, sodass man beispielsweise eine ähnliche Struktur in allen Berichten vorfindet, um sich besser zurechtzufinden. Was wir ebenfalls festhalten wollen, und was auch der Finanzdirektor bereits gesagt: Die Mitglieder der FIKO aus unserer Fraktion wissen es sehr zu schätzen, dass in der FIKO bis jetzt ein sehr grosses Vertrauen zu spüren war. Wir verurteilen es auf schärfste, wenn Informationen rausgehen und Indiskretionen stattfinden. Das darf so nicht sein. Wir bedauern diesen Sachverhalt sehr. Nun zur Rechnung. Was auch wir sofort gesehen habe, wir haben es schon mehrmals gehört, ist das grosse Delta zwischen Budget und Rechnung. Die Stadt Olten schliesst mit CHF 17 Mio. mehr ab als ursprünglich budgetiert war. Das führt auch dazu, dass die Pro-Kopf-Verschuldung sank, was uns natürlich gefällt. Die erfreuliche Entwicklung ist auch bei den anderen Finanzkennzahlen entsprechend zu sehen. Was man aber auch festhalten muss ist eigentlich, dass der budgetierte Aufwand sehr gut eingehalten wurde, bis auf den Unterschied, wovon wir zuvor gehört haben, die Steuereinnahmen der juristischen Personen und den Korrekturfaktor, der zum ersten Mal in der Rechnung zu sehen ist und in den letzten Jahren im Budget enthalten war. Auch wenn dieser Korrekturfaktor dieses Mal so nicht eingetroffen ist, wie man es wollte, bitten wir den Finanzdirektor und das Team von Urs Tanner doch, dass man diesen Korrekturfaktor in den nächsten Budgetierungen beibehält, um zu

schauen, wie sich das Ganze weiterentwickelt. Nur, weil er für einmal nicht so eingetroffen ist, wie man es gedacht hat, muss es nicht heissen, dass dies nun immer so sein wird. Wir haben es gehört, man muss bei den CHF 17 Mio., die zusätzlich da sind, ganz fest beachten, dass diese von sehr wenigen juristischen Personen kommen. Wir haben vom Klumpenrisiko bereits zweimal gehört, ich brauche nicht weiter darauf einzugehen. Aber wir sind sehr fest der Meinung, dass es eine Aufgabe der Stadt Olten ist, zu schauen, dass dieses Klumpenrisiko auf der einen Seite minimiert wird, und auf der anderen Seite man aber auch schaut, dass man diejenigen Firmen, welche gute Steuerzahler sind, in der Stadt behalten kann. Uns ist auch klar, dass diese Steuereinnahmen Stand jetzt nicht unbedingt nachhaltig sein müssen/können. Es ist schlicht nicht vorhersehbar und entsprechend wissen wir auch nicht, wie das nächste oder übernächste Jahr aussieht. Aus diesem Grund möchten wir eigentlich allen im Saal abraten Frankenzeichen in den Augen zu haben und die laufenden Kosten sicher nicht weiter zu erhöhen. Sprich der Sach- und Personalaufwand sollte nicht erhöht werden. Mein Vorredner von der SVP hat lange darüber gesprochen und ist sehr stark darauf eingegangen. Wir sind der Meinung, es ist besser, diese Zusatzeinnahmen in anstehende Projekte zu investieren, sodass dies Einmalausgaben sind. Und von diesen haben wir ja mehr als genug in der Pipeline. Daran sollte es nicht liegen. Was man auch weiter beachten muss, wir haben es ebenfalls gehört: In zwei bis drei Jahren ist der kantonale Finanzausgleich, der „zieht“ und ein Drittel des hier ausgewiesenen Geldes, das in die Kasse gespült wurde, müssen wir wieder rausgeben. Dieses Geld können wir nicht jetzt zur Seite legen und in zwei Jahren wieder weggeben. Dies ist Geld, das wir in zwei Jahren parat haben müssen, damit wir bezahlen können. Dies muss man sich bewusst sein, wenn man die nächsten Ausgaben entsprechend planen will. Vor diesem Hintergrund ist es für unsere Fraktion eigentlich wichtig, dass man die Steuern nicht senkt, sondern mit den Einnahmen, die man hat, so weiterarbeitet und damit gut umgehen muss. Aber genau so wenig sind wir dagegen, dass man die Steuern noch mehr erhöhen würde. Noch etwas ganz Konkretes zum Thema Abfallbeseitigung: Man hat gesehen, dass die Forderungen gegenüber dem Steuerhaushalt von Jahr zu Jahr steigen. Man ist sehr gut aufgestellt und in der Zwischenzeit hat man mehr als einen Jahresumsatz, der dort parat ist. Das führt dazu, dass man dort von Seiten der Stadt – Urs Tanner darf mich gerne korrigieren oder ergänzen – zinsmässig Geld zur Verfügung stellen muss. Im Moment sind es CHF 30'000, welche man bereitlegen muss. Es ist so, dass, obwohl grössere Ausgaben anstehen, beispielsweise die zwei elektrischen Fahrzeuge, die gekauft werden sollen, zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden soll, ob es nicht Sinn macht, diese Ausgaben entsprechend zu senken, damit man dort nicht auf einem derart grossen Posten ist. Summa summarum sind wir sehr zufrieden mit der Rechnung 23 und wir werden den Anträgen des Stadtrats folgen.

**Simon Bloch, Fraktion FDP:** Auch die Fraktion FDP Olten dankt der Finanzdirektion und den involvierten Personen für die Erarbeitung der Jahresrechnung 23 mit den sehr detaillierten Ausführungen und Unterlagen. Wir haben nun einen Ertragsüberschuss von gut CHF 15 Mio. Selbstverständlich nimmt dies auch die FDP erfreut zur Kenntnis. Dies ist grundsätzlich natürlich ein hervorragendes Ergebnis. Nichtsdestotrotz muss man aber den Rechnungsabschluss auch mit etwas kritischeren Augen betrachten. Das gute Ergebnis ist praktisch ausschliesslich auf die deutlichen Mehreinnahmen bei Steuern von juristischen Personen zurückzuführen. Klar ist dies erfreulich, aber wir sehen keinen Grund, deshalb in Euphorie auszubrechen. Es ist bekannt, dass wir in Olten hinsichtlich des Fiskalertrags bei juristischen Personen ein massives Klumpenrisiko haben. Eine Handvoll Unternehmen sind praktisch für die ganzen Steuereinnahmen verantwortlich. Und verantwortlich für den Ertragsüberschuss in der Rechnung 2023 sind es sage und schreibe nur gerade zwei einzelne juristische Personen. Von linker Seite kommt immer wieder der Vorwurf, das Budget sei zu vorsichtig, zu konservativ. Das stimmt jedoch nicht. In Anbetracht dessen, dass wir einfach schlicht nicht wissen, wie nachhaltig die Steuereinnahmen sind, und aufgrund dieses Klumpenrisikos ist sogar angezeigt, eben eher konservativ zu budgetieren. Was sonst noch bemerkenswert ist und in der Fraktion zu Diskussionen geführt hat, ist der massiv höhere Sachaufwand von über CHF 1.1 Mio. mehr als budgetiert. Dies bereitet der Fraktion FDP ehrlich gesagt schon Sorgen. Der Sachaufwand nimmt von Jahr zu Jahr zu. Allein in den letzten vier Jahren, das heisst seit der Rechnung 2019, ist der Sachaufwand von CHF 13.9 Mio. auf nun CHF 17.4 Mio. gestiegen.

Das ist eine Zunahme von mehr als 25% in vier Jahren. Der Aufwand allgemein liegt gegenüber dem Vorjahr um CHF 7.9 Mio. höher. Das sind 7% mehr in lediglich einem Jahr und liegt auch deutlich über der allgemeinen Teuerung. Der Sachaufwand steigt also überproportional an. Dieser konnte nur dank der Mehreinnahmen aus den Steuern der juristischen Personen gedeckt werden. Und damit schliesst sich der Kreis und wir sind wieder bei diesem Klumpenrisiko. Wir spielen ein ganz heisses Spiel, denn wenn die Steuereinnahmen wieder im normalen Rahmen sind, rutschen wir ganz schnell wieder in die roten Zahlen. Was kann man also bei der Rechnung 2023 als Fazit festhalten? 1. Es ist einmal mehr erwiesen, dass wir sicher kein Einnahmenproblem, sondern offensichtlich ein Ausgabenproblem haben. 2. Es ist extrem wichtig, zu den Steuersubjekten Sorge tragen, insbesondere zu den juristischen Personen. Und dass wir daraufhin arbeiten, das Klumpenrisiko zu verringern. Letztes Jahr hat die FDP vom Stadtrat gefordert, dass Steuererhöhungen über mehrere Jahre kein Thema mehr sein dürfen. Mit dem Rechnungsabschluss 2023 sind Steuererhöhungen nun definitiv vom Tisch. Im Gegenteil: Nun dürfen auch aus Sicht der FDP sogar Steuersenkungen wieder ernsthaft diskutiert werden. Das mitunter einer der Lösungsansätze, um mehr finanzstarke Unternehmen nach Olten zu bringen. Nämlich, richtige Rahmenbedingungen für juristische Personen zu schaffen. Auch dies trägt zur Attraktivierung der Stadt bei und damit wären wir wieder beim gestrigen Thema. Der langen Rede kurzer Sinn: Die Fraktion FDP wird der Jahresrechnung voraussichtlich einstimmig zustimmen. Besten Dank.

**Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP:** Auch die Fraktion SP/JSP dankt dem Stadtrat und vor allem den Mitarbeitenden der Verwaltung, insbesondere der Finanzdirektion, für die geleistete Arbeit und die informative Berichterstattung im Vorfeld. Die Updates im Leistungsbericht der Stadt Olten im Vergleich zu letztem Jahr, namentlich das angesprochene Inhaltsverzeichnis, haben wir auch erfreut zur Kenntnis genommen. Das Rechnungsergebnis stimmt uns zuversichtlich, dass die Zeiten für Investitionen in den Werterhalt und Ausbau unserer Stadt und den Service Public nun möglich sind. Grundsätzlich nehmen wir die Rechnung und den angehängten Verwaltungsbericht gerne ab und sind über das Ergebnis erfreut, mit welchem die Stadt abschliessen darf. Wir stellen fest, dass die Stadt eine mittlere Investitionstätigkeit aufweist und somit ihren Investitionsstau etwas reduziert. Zum ersten Mal seit vielen Jahren haben wir die geplanten Investitionen beinahe ausgeschöpft. Das heisst, im Vergleich zum Budget haben wir nur CHF 1.3 Mio. zu wenig investiert. Wir stellen fest, dass der Selbstfinanzierungsgrad hoch ist und insgesamt der Finanzierungsüberschuss von CHF 1.7 Mio. der Stadtkasse zu verbuchen ist. Auch die Senkung der Pro-Kopf-Verschuldung ist erfreulich. Dies gibt Raum und Luft für die wichtigen Investitionen. Vielleicht noch zum beigelegten Dokument, dem Jahresbericht, der nicht immer die Beachtung erhält, die er verdient, aber eben einen grossen Informationsgehalt aufweist mit dem Verwaltungsbericht als Verzeichnis über die Tätigkeiten der Einwohnergemeinde und gehaltvoll ist. Der Bericht hat im Vergleich zum letzten Jahr, als wir ihn etwas kritisiert hatten, einige Verbesserungen erfahren und es ist nun mit der entsprechenden Gliederung tatsächlich einfacher, Informationen zu finden. Eine Standardisierung wäre wünschenswert und wir müssen sagen, einige Abteilungen haben es mit der Berichterstattung nicht ganz so ernst genommen. Wenn beispielsweise kühn „copy“ und „paste“ angewandt wird, wie beispielsweise auf Seite 234, wo Anlässe aus dem Jahr 2022 erwähnt sind, anstatt jene von 2023. Wir würden es schätzen, wenn alle Verwaltungsabteilungen genügend Ressourcen hätten, um die Berichterstattung aktuell zu halten und aufs entsprechende Berichtsjahr anpassen zu können. Noch ein paar Punkte zur Jahresrechnung, die wir beleuchten und fürs Protokoll und namentlich für die anstehende Budgetierung festhalten möchten. Die Abweichungen sind gut begründet, wie wir es bereits besprochen haben, und wir dürfen uns über höhere Steuereinnahmen freuen. Es ist, wie angesprochen, wieder etwas Saft in der Zitrone. Und trotzdem müssen wir feststellen, dass die Abweichungen auf einen Umstand hinweisen, welchen wir unterschiedlich interpretieren können, je nachdem, wo wir im Saal sitzen. Aber wir können ihn nicht ignorieren. Seit zehn Jahren zeigt die Differenz zwischen Budget und Rechnung in die gleiche Richtung. Ich verzichtete dieses Jahr auf die Aufzählung, aber wir können sagen, dass wir innerhalb von zehn Jahren eine Abweichung von über CHF 100 Mio. haben, welche wir schlechter budgetiert haben als abgeschlossen wurde. Diesen Umstand können wir nun interpretieren und die entsprechenden Schlüsse ziehen. Einerseits sicher der mehrfach angesprochene Investitionsstau, nicht ausgelöste Investitionen

und auch dieses Jahr wieder ausserordentliche Steuererträge, Neubewertungen im Finanzvermögen und budgetierte, aber nicht ausgelöste Beträge. Weshalb also haben wir seit geraumer Zeit Investitionen, die wir zwar planen, aber darauf nicht auslösen? Hier waren sich in den vorberatenden Kommissionen viele einig: Jetzt ist Zeit zum Investieren. Aber es soll vorsichtig mit den Steuergeldern umgegangen werden, vorsichtig mit diesem Saft in der Zitrone. Dazu gibt es unterschiedliche Ansichten, wie man das macht. Wir von der SP/JSP sehen, dass die Verwaltung zum Teil am Anschlag läuft, wenn sie „copy“ und „paste“ anwenden muss. Bauprojekte können nicht vorangetrieben werden, Investitionen nicht ausgelöst, weil Projektleitende fehlen. Wiederholte Personalengpässe und eine hohe Personalfluktuaton führen in einigen Direktionen zu Projektverzögerungen und teuren Überbrückungslösungen. Das ist aus unserer Sicht kein vorsichtiger Umgang mit Steuergeldern. Schaut zu eurem Personal, schaut zu euren Ressourcen. Die Personalfluktuaton kostet die Stadt Geld und wir begrüssen es, dass für leitende Funktionen Stellvertreterlösungen gefunden werden, denn auch solche Klumpenrisiken müssen wir vermeiden. Es kann im 21. Jahrhundert nicht sein, dass eine Person in leitender Funktion krank wird und dann ein grosser Teil des Verwaltungsbetriebs stillsteht, weil es keinen Stellvertreter gibt. Wir haben bereits über Steuern gesprochen. Vielleicht noch ein Wort in diese Richtung. Der Ruf nach Steuersenkungen ist für uns jetzt aus mehrfacher Sicht fehl am Platz. Namentlich aus zwei Gründen. Als erstes: Wir haben, wie gesagt, unsichere Zukunftsperspektiven und die angesprochenen Klumpenrisiken. Es ist allgemein bekannt, dass diese zusätzlichen Steuereinnahmen auf wenige, sehr grosse Steuerzahlende zurückzuführen sind. Und folglich unsere städtischen Finanzen im Jahresergebnis von diesen juristischen Personen abhängig sind. Dieses Klumpenrisiko wurde uns schon einmal zum Verhängnis und wollen wir lieber umschiffen. Und zum Zweiten, es wurde auch angesprochen, die Problematik der sinkenden Steuereinnahmen durch die STAF. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Steuerpolitik auf kantonaler Ebene auch an uns nicht spurlos vorbei geht. Die Steuererträge von juristischen Personen sind innerhalb von vier Jahren von CHF 20.5 Mio. auf CHF 10.7 Mio. zusammengeschrumpft. Dies sind ebenfalls nennenswerte jährliche Einbussen. Und die Überbrückungsfinanzierung läuft in den nächsten Jahren stückweise aus. Diese Steuererträge werden uns fehlen und werden mittelfristig auch den Cashflow bedrohen. An dieser Stelle eine klare Warnung: Bevor sich ein neues Gleichgewicht eingestellt hat, wäre es mehr als fahrlässig, die Steuern jetzt voreilig zu senken. Und behalten wir die finanzielle Situation, wie wir sie jetzt haben, im Hinterkopf, wenn es darum geht, zusätzliche Investitionen auch im Sinn der Bevölkerung beschleunigt durchzuführen. Das Argument, dass die Stadt für Investitionsprojekte keine Mittel hat und die dazu benötigten personellen Ressourcen fehlen, entkräftigt sich Jahr für Jahr. In diesem Sinn wollen wir die in den letzten Jahren durch die konservativ budgetierten und sehr gut gewirtschafteten CHF 100 Mio. auch Mut geschöpft haben, in Olten wieder etwas zu wagen und die Stadt beschleunigt zu entwickeln. Dazu haben wir ja im November wieder die Gelegenheit. Der Rechnungsüberschuss kann immer auch eine Gelegenheit sein, verpasste Möglichkeiten zu verstehen, wie man mehr aus Olten machen könnte. Die Fraktion SP/JSP nimmt die Beschlussesanträge 1 bis 3 betreffend Nachtragskredit, Gewinnverwendung und der vorliegenden Jahresrechnung an und wünscht dem Stadtrat viel Mut zur zeitnahen Umsetzung seiner Vorhaben und Investitionen. Merci.

**Martin Räber, Fraktion GO/JGO:** Ich möchte eigentlich nicht allzu viel sagen, das meiste wurde bereits gesagt. Vielen Dank, Luc, was du gesagt hast, bezüglich Kosten der Verwaltung und dass es dort zum Teil mit den Ressourcen sogar knapp ist und gewisse Sachen verzögert werden. Und selbstverständlich kostet eine gute Verwaltung und bringt uns viel, denn sie steht auch für eine Qualität, die in der Stadt geleistet werden kann, für uns alle, auch die Steuerzahler. Es ist ein bisschen seltsam, wenn sich die SVP zuerst für die gute Arbeit der Verwaltung eigentlich bedankt und sich danach darüber beklagt, dass sie etwas kostet. Selbstverständlich kostet sie etwas und das ist klar und es ist eine Leistung, die am Schluss uns allen dient. Wir Grünen freuen uns natürlich über den Gewinn, wie alle anderen auch. Wir haben aber noch immer über CHF 1000 Pro-Kopf-Verschuldung. Also noch viel. Und selbstverständlich ist eine Steuersenkung in dieser Situation völlig illusorisch. Auch wenn ihr die Investitionen anschaut, ist es mit Sicherheit nicht Zeit dafür. Auch für eine Steuererhöhung nicht. Wir Grünen gehen davon aus, dass es so weitergehen soll, wie es aktuell ist. Ein Blick

auf die Investitionen: Man sieht, dass im Finanzplan 2024 – 2030 für ca. CHF 100 Mio. an Investitionen geplant sind. Das Schulhaus Frohheim, Bahnhofplatz, Stadttheater, Kunstmuseum. Um die Großen zu nennen. Und es werden weitere Investitionen folgen. Die Oltner Stimmbevölkerung hat am 9. Juni ein starkes Signal gesetzt. Rund dreiviertel der Oltner/innen wollen mehr Nachhaltigkeit und mehr Klimaschutz. Und da müssen Massnahmen folgen, um diesem Volkswillen nachzukommen. Das heisst, es müssen daraus Investitionen stattfinden, in welche dieses Geld eingesetzt wird. Klar, wir hoffen, dass dieses Klumpenrisiko nicht eintritt, aber es ist natürlich vorhanden. Wir möchten an dieser Stelle in Bezug auf die Pflege unserer guten Steuerzahlenden der Wirtschaftsförderung und dem Stadtrat und der Finanzverwaltung danken, dass sie sich eben dafür einsetzen, dass die ansässigen Unternehmen gute Bedingungen haben. Das sind einerseits die bereits heute guten steuerlichen Bedingungen, welche für diese Unternehmen vorhanden sind, aber eben auch die nachhaltige Stadtentwicklung, welche den Unternehmen dient und für die Arbeitnehmenden gute Bedingungen schafft und das Wohnen in Olten attraktiv macht. Das sind wichtige Arbeiten, die hier geleistet werden und dafür möchten wir ein Dankeschön aussprechen. Herzlichen Dank auch der ganzen Stadtverwaltung für den ausführlichen Bericht, sehr schön mit dem zusätzlichen Inhaltsverzeichnis. Er ist immer noch verbesserungswürdig, aber es ist ein Anfang. Wir werden den Anträgen des Stadtrats zustimmen und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit, um diese Stadt gemeinsam weiter voranzubringen.

**Salome Kisker, Fraktion OJ:** Vielen Dank für die treffend budgetierte Rechnung. Eigentlich eine Punktlandung, wenn man diesen zusätzlichen Steuerertrag der juristischen Personen nicht berücksichtigen würde. Wir sind natürlich über diese zusätzlichen Einnahmen sehr dankbar. Nur schade, haben wir aktuell keine umsetzbaren Projekte - also, wir hätten sie, wenn sie nicht immer torpediert worden wären -, in welche wir jetzt investieren könnten. Leider haben wir auch nicht genügend personelle Ressourcen, um Projekte umzusetzen. Wir freuen uns aber sehr, dass es uns hoffentlich auch längerfristig etwas mehr finanzielle Luft geben könnte, damit die Oltner Infrastruktur verbessert wird und Olten noch schöner wird, als es jetzt schon ist. Wir werden es im Herbst fürs Budget 25 diskutieren, aber mehrere im Raum haben es bereits jetzt angetönt: Betreffend Steuersenkung möchten wir vor kurzfristigen Entscheiden warnen. Wir sollten nicht die gleichen Fehler machen, die 2014 gemacht wurden. Das Thema Klumpenrisiko wurde auch schon einige Male erwähnt. Wir finden es wichtig, dass Geld weder für wiederkehrende Ausgaben noch für tiefere Steuern eingesetzt wird. Von rechts wird immer wieder betont, dass der Staatsapparat aufgeblasen wird. Ich finde das ziemlich respektlos allen Angestellten der Stadt gegenüber, die täglich ihr Bestes geben und wie wir hier im Rat auch schon häufig gehört haben, am Limit ihrer Kapazitäten sind und den Ansprüchen aus der Bevölkerung nicht immer gerecht werden können. Zum Beispiel braucht es einfach mehr Lehrer, wenn es mehr Schüler gibt. Und dies ist leider auch eine Vorgabe des Kantons. Wie wir gehört haben, haben auch die Mitarbeiter des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz viel zu viele Dossiers. Um noch einmal auf die Rechnung zurückzukommen. Vielen Dank insbesondere an Urs und alle anderen Mitarbeiter/innen der Departemente, die an der Rechnung und am Jahresbericht beteiligt waren. Wir von OJ stimmen dem Antrag des Stadtrats zu.

**Luc Nülist (SP):** Ich spreche als Mitglied der Finanzkommission. Ich möchte kurz eine Bemerkung fürs Protokoll zur Rüge von Benvenuto Savoldelli zur sogenannten Indiskretion mitgeben. Ich schätze den transparenten Austausch sehr und sehe es auch als Aufgabe der Kommission, diese Informationen aufzunehmen, zu würdigen und in geeigneter Form weiterzugeben. Dass das Kommissionsgeheimnis gewahrt werden muss, ist selbstverständlich. Ich möchte mich an dieser Stelle öffentlich von dieser Verletzung distanzieren. Die Schlussfolgerung allerdings, dass man künftig den Informationsfluss in Frage stellt und die Kommission mit weniger Informationen speisen könnte, ist aus meiner Sicht der falsche Weg. Auf Indiskretionen mit Intransparenz zu reagieren, ist nicht förderlich. Wenn ihr es ernst meint, stellt Anzeige gegen Unbekannt. Aber die Informationen abdrehen bitte nicht.

**Marc Winistörfer (SVP):** Als Mitglied der Finanzkommission möchte ich den gleichen Punkt aufnehmen. Ich finde es auch, wie du es erwähnt hast, Luc, gelinde gesagt eine Sauerei, dass

hier in den letzten Sitzungen gewisse Informationen, die wir vertraulich - nota bene auch vertraulich deklariert - erhielten, hinausgingen. Wir hatten dies bereits intern thematisiert, weil es das Herausgeben von Informationen zuvor schon gegeben hatte. Ich finde es wirklich mühsam. Ich möchte hier auch ein bisschen in jene Kerbe hauen, wie Benvenuto zuvor. Im Zweifel sollte die Stadt, glaube ich, bei solchen Sachen wirklich eine Strafanzeige stellen. Gleichzeitig sehe ich es auch, wie du Luc. Keine Informationen für uns wird schwierig. Wir sind bereits jetzt als Milizmitglieder dieses kleinen Oltner Gemeindeparlaments teilweise am Anschlag. Wenn wir die ganzen Unterlagen anschauen müssen und hier nicht Rücksprache nehmen können und auch gewisse Informationen einfach nicht erhalten, wird es für uns noch schwieriger. Ich glaube, im Zweifel stellt Strafanzeige. Ich habe ein reines Gewissen, Luc sicher auch. Also, es kommt nicht von uns. Ich glaube, da kann ich die Hand ins Feuer legen, bei beiden. Stellt Strafanzeige, aber bitte nicht Informationen abdrehen. Ich glaube, das hilft uns gar nicht. Das ist das, was ich als FIKO-Mitglied loswerden wollte. Ein weiterer Punkt, den ich loswerden möchte, ist etwas, das, glaube ich, Manfred schon erwähnt hat: Die Gebühren im Bereich Kehrrechtbeseitigung wurden angesprochen. Dort möchte ich die Verantwortlichen der Stadt bitten, dass man die Höhe dieser Gebühren wirklich gut anschaut und diese halt auch senkt. Ich meine, es kann nicht sein, dass man bei Kausalabgaben derartige Reserven bilden kann. Ich weiss, es gibt Investitionen. Das konnte man aus der Zeitung entnehmen. Es werden neue Fahrzeuge beschafft, diese kosten Geld, das ist mir auch klar. Trotzdem, es sind Kausalabgaben, da gelten gewisse Prinzipien. Äquivalenz und Kostendeckungsprinzip in diesem Fall. Dort erwarte ich wirklich, dass es die Stadt angeht. Wir haben eine Revision der Gebührenordnung. Dort sind diese Gebühren nicht enthalten, sonst könnte man es in einem machen. Ich hoffe, dass es angegangen wird, auch im Interesse der Oltnerinnen und Oltner, welche hier offenbar doch relativ viel zu viel zahlen. Einen Punkt möchte ich auch noch erwähnen, der bereits gesagt wurde betreffend Investitionen, die in den letzten Jahren nicht getätigt wurden. Implizit wurde uns der Vorwurf gemacht, dass wir diese torpediert haben. Ich glaube, es ist sogar wortwörtlich der Ausdruck „torpedieren“ gefallen. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass jene, die es bei grossen Investitionen torpediert haben, waren nicht wir hier im Parlament, sondern es war die Stimmbewölkerung, die nein gesagt hat. Vielleicht liegt es auch daran, dass gewisse Vorlagen nicht genügend ausgewogen zur Abstimmung gelangt sind. Vielleicht auch hier für die Zukunft „Lessons learnt“ und etwas mehr auf die Bevölkerung hören. Für jene, die noch nicht unterschrieben haben: Es gibt noch einen Vorstoss, dass man bei wichtigen Geschäften in Zukunft zwingend eine Vernehmlassung machen sollte. Ihr könnt ihn alle unterschreiben. So hätte man dort sicher ein Instrument, um die Bevölkerung besser einzubeziehen und solche Schiffbrüche zu vermeiden.

**Heinz Eng (FDP):** Nur ganz kurz. Indiskretionen. Das ist natürlich absolut inakzeptabel. Ich möchte aber eines sagen: Bevor die Finanzkommission überhaupt getagt hat, es wurde ja erwähnt, dass die Indiskretionen ganz klar aus der FIKO kommen, ist von einer Tageszeitung von Olten (ich sage nun keinen Namen, ich sage überhaupt keine Namen mehr) 10 Tage zuvor bereits der Name eines Steuerzahlers erwähnt worden. Und dort hat die Stadt auch nicht reagiert. Das war bereits passiert. Ich kann es sonst noch im Archiv raussuchen. Ich bitte, auch dort, sobald der Verdacht von Indiskretionen besteht, auch von Seiten Medien, müsst ihr eingreifen. Fertig.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Zu Heinz: Der eine Steuerzahler war bekannt, der muss ja die Zahlen publizieren, das weiss man. Aber der andere war nicht bekannt. Und dort war das Loch. Ich möchte mich noch bei jemandem ganz herzlich bedanken. Adolf Schmid. Es ist seine letzte Jahresrechnung, seine letzte Bibel, die er verfassen konnte. Er geht aus seiner Sicht leider in Pension. Er ist ein langjähriger guter Mitarbeiter und hat immer dafür gesorgt, dass wir ein toll zusammengestelltes Buch erhalten. Adolf, ganz herzlichen Dank.

**Stadtrat Nils Loeffel:** Weil meine Direktion im SVP-Votum sehr direkt angesprochen wurde, möchte ich fürs Protokoll festhalten, dass man auf Seite 12 der Rechnung sehr gut nachschauen kann, dass die Rechnung 2023 aus dem Bildungsbereich im letzten Jahr um CHF 250'000 tiefer ist als 2023 budgetiert war. Die Nachtragskredite haben verschiedene Gründe, die nachzulesen sind, wenn ihr die Nachtragskredite anschaut. Es ist nicht so, dass



# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2024

Prot.-Nr. 78

## Auftrag Matthias Borner (SVP) und MU betr. häufigere Kartonsammlungen fürs Gewerbe/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 25. Januar 2024 wurde eine Anfrage von Matthias Borner (SVP) und Mitunterzeichnenden mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird dazu aufgefordert, die Anzahl Kartonsammlungen der Stadt im Interesse des Gewerbes zu erhöhen.

### Begründung:

Der Gewerbeverein hat sich mit dem Anliegen gemeldet, dass der Monatsrhythmus der Kartonsammlung nicht ausreichend sei. Stand heute wird in der ganzen Stadt einmal im Monat der Karton durch den Werkhof abgeholt. Aus den Reihen des Gewerbevereins hiess es, dass es sinnvoll wäre, wenn die Kartonsammlung an gewissen Orten häufiger stattfinden würde. Der Karton stapelt sich aktuell bis an den monatlichen Sammeltagen jeweils und wenn es regnet, wird es noch schlimmer – dies macht auch keinen guten Eindruck. Es ist auch nachvollziehbar, dass der monatliche Rhythmus aufgrund des gewerblich bedingtem, höherem Kartonverbrauch, nicht für alle ausreichend ist. Solothurn beispielsweise holt den Karton im Einkaufsbereich (bei uns wäre das wohl die Innenstadt) einmal die Woche ab. Es ist uns ein Anliegen, dass die Stadt auf die Bedürfnisse des Gewerbes eingeht und eine bessere Lösung im Austausch mit dem Gewerbeverein Olten findet»

\* \* \*

### Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Das Abfuhrwesen der Stadt Olten ist im heutigen Rhythmus der verschiedenen Abfahren ausgelastet und die Beschäftigungsgrade der Mitarbeiter/innen der Entsorgung auf die entsprechenden Einsätze ausgerichtet. Zusätzliche Entsorgungen sind nur mit zusätzlichem Personalaufwand zu realisieren.

Für Betriebe und Geschäfte, in welchen sehr viel Karton anfällt, führt der Werkhof heute auf Bestellung eine zusätzliche Kartonentsorgung durch. Dies ohne zusätzliche Kostenfolge für die Unternehmungen. Zu den Öffnungszeiten kann im Werkhof zudem jederzeit Karton abgegeben werden. Nur gewisse Orte in Olten zusätzlich zu bedienen, ist nicht zielführend, gibt es doch in mehreren Stadtteilen Bereiche mit hoher Dichte an Betrieben.

Da sich das Gewerbe für eine zusätzliche Abholung des Kartons beim Werkhof melden kann und ein zusätzlicher Entsorgungstag mit den heutigen personellen Ressourcen nicht durchführbar ist, beantragt der Stadtrat den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

**Matthias Borner, Auftraggeber:** Erstens herzlichen Dank, dass ihr meine Geschäfte verschoben habt. Das ist ja nicht etwas, das man machen muss. Darum vielen Dank fürs Verständnis. Das lokale Gewerbe ist ein wesentlicher Motor der Stadt- und der Regional-

entwicklung. Sie sind ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität in der Stadt und in der Region. Sie sichern Arbeitsplätze und beleben die Stadt. Wir haben schon verschiedentlich hier im Rat darüber diskutiert, wie man das Gewerbe fördern kann. Dazu haben wir beispielsweise einen Wirtschaftsförderer, der sich um die Anliegen des Gewerbes kümmert. Wir haben extra einen City-Manager eingestellt, der sich ebenfalls um die Läden in der Stadt kümmert. Weiter hatte man schon Vorstösse, mit welchen man dem Gewerbe helfen wollte. Sogar Kommissionen wollte man installieren, um diese Anliegen möglichst effektiv und direkt platzieren zu können. Nun ist der Gewerbeverein gekommen. Dieser hat in Olten 245 Mitglieder. Im OT wurde im März 2023 in einem langen Artikel das Anliegen von häufigeren Kartonsammlungen geäußert. Der Zyklus einer monatlichen Sammlung sei für viele Mitglieder zu wenig. Einerseits benötigen sie deswegen zusätzlichen Raum für die Lagerung, andererseits sei es auch schlecht fürs Ortsbild. Der Stadtrat hat nicht reagiert. Nach einem Jahr, als noch immer nichts passiert ist, habe ich mich dazu entschieden, direkt einen Vorstoss zu lancieren, um dieses Anliegen direkt zu platzieren. Der Stadtrat will nicht. Er meint, das Gewerbe könne sich melden und dann wird der Karton gratis abgeholt. Und er sagt auch, es wäre viel zu teuer. Ich bin überzeugt, es ist kein Kostenproblem, sondern ein Organisationsproblem. Bei einigen Läden habe ich persönlich nachgefragt. Wie es in der Wirtschaft ist, hat jeder einen eigenen Weg gefunden. Der eine biete dem Werkhof jeweils Glacés an und dann kämen die extra, unter dem Monat, rasch vorbei, um es abzuholen. Ein anderer stelle den Karton einfach während eines Monats raus. Der nächste bezahlt sogar einen Fahrer, welcher den Karton zum Turuvani bringt. Und ein weiterer hat einfach jeden Monat den Keller zugestellt. Und das ist alles andere als effizient. Solothurn hat sein Stadtgebiet in Zonen eingeteilt und hat zahlreiche Kernzonen definiert, wie fürs Gewerbe wöchentlich der Karton abgeholt werden soll. Das ist sehr beliebt und hat sich auch so etabliert. Generell finde ich es sehr schade, dass der Stadtrat diesen Dialog mit den Gewerbetreibenden meidet und die Anliegen ignoriert. Eigentlich könnte man das Ganze ad absurdum führen und der Gewerbeverband macht seine eigenen Wochenplan und teilt dies dem Werkhof mit. Gemäss Stadtrat wäre das ohne Kostenfolge. Es gibt auch das Argument, dass es eine hohe Dichte an Betrieben gäbe und man deshalb keine Zonen machen könne. Umso mehr scheint hier das Bedürfnis vorhanden zu sein und es braucht keinen Master in City-Management, um herauszufinden, wo die Kerngebiete des Oltnen Gewerbes sind. Ich gehe auch davon aus, dass das Gewerbe Olten hier Hand bieten würde und euch etwas ausarbeiten würde. Schreibt es bitte nicht aus. Ich habe mit Betreibenden zahlreiche Gespräche geführt. Diese haben absolut kein Verständnis, dass der Stadtrat hier keinen Willen zeigt. Und sie haben mir auch bekräftigt, dass das Bedürfnis besteht. Ich habe dazu auch eine E-Mail des Gewerbes Olten an alle weitergeleitet. Ich bitte euch, diesen Vorstoss anzunehmen. Das Parlament wollte sich bereits verschiedentlich gewerbefreundlich zeigen. Nun ist endlich einmal ein Anliegen auf dem Tisch. Danke.

**Martin Räber, Fraktion GO/JGO:** Wir finden das Anliegen eigentlich ein wichtiges Anliegen. Karton soll gesammelt werden und muss korrekt wiederverwertet werden. Das finden wir natürlich total sympathisch. Kartonstau im Gewerbe ist blöd. Das bringt am Schluss niemandem etwas. Es gibt ein kostenloses Extrasammlungsangebot. Das kann man anscheinend machen, das funktioniert. Ich habe im Werkhof nachgefragt, man kann es machen, es ist kostenlos. Aber wir Grünen würden eigentlich lieber eine flexiblere Lösung vorschlagen, welche weder den Werkhof belastet, noch dazu führt, dass Lastwagen dann teilweise fast leer durch die Stadt fahren müssen, wenn ein Betrieb eine zusätzliche Sammlung bestellt. Es gibt in Olten nämlich eine Organisation, die ist dafür prädestiniert, solche Aufgaben wahrzunehmen und sie macht das auch schon ganz lange. Das sind die «Collectors». Die «Collectors» bieten eine unglaublich gute Dienstleistung für den Haushalt an. Sie transportieren nicht nur unsere Einkäufe nachhause, sondern sie nehmen auch gleich unsere Abfallsammlung mit und entsorgen diese korrekt. Es ist wirklich eine total coole Dienstleistung, ich nutze sie selber auch und kann es jedem hier für uns Private empfehlen. Aber man könnte es nicht nur für die Privaten machen, sondern eben auch für das Gewerbe. Ich möchte deshalb anregen, dass der Stadtrat in diese Richtung denkt und die «Collectors» beauftragen könnte, dies zu übernehmen. Sie sind für solche Kleinaufträge und Einzelabholungen ideal ausgerüstet. Sie können es viel kostengünstiger machen und viel effizienter erledigen – du hast es auch erwähnt, Effizienz ist wichtig in diesem Zusammenhang – als der Werkhof. Die

Kosten, klar, sind von der Stadt zu tragen, um das Gewerbe diesbezüglich bestmöglich zu unterstützen. Wir werden deshalb den Antrag, so wie er vorliegt, ablehnen, würden aber erwarten, dass die Stadt in diese Richtung denkt und mit den «Collectors» in irgendeiner Form eine Vereinbarung schliesst. Was wir uns auch vorstellen könnten, falls die Stadt dies nicht machen möchte, ist, dass wir mit euch zusammen, liebe SVP, einen Auftrag formulieren, um dies erreichen zu können.

**Christine von Arx, Fraktion SP/JSP:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin etwas erstaunt, welche Interpellationen und Aufträge in den letzten drei Sitzungen von der SVP eingegangen sind. Zuerst die mehrfachen Diskussionen über das erwünschte oder unerwünschte Gewerbe. Und nun die SVP, welche tatsächlich mehr staatliche Dienstleistungen verlangt. Es ist interessant, dass ausgerechnet jene, die möglichst wenig Staat wollen und möglichst für Eigenverantwortung plädieren, nun möglichst mehr staatliche Dienstleistungen wollen, und die ganze Frage der Abfallbeseitigung nicht dem freien Markt überlassen wollen. Es geht hier um die Kartonsammlung für eine Minderheit, für die Gewerbetreibenden in der Innenstadt und nicht etwa für den grossen Teil der Einwohnerinnen und Einwohner. Wir sind der Meinung, dass die Papier- und Kartonsammlung in einem adäquaten Rhythmus stattfindet und gut funktioniert. Wie der Stadtrat gesagt hat, kann, wer einen Mehrbedarf hat, eigenverantwortlich handeln und auch ohne Kostenfolge mit der Stadt nach einer passenden Lösung suchen. Man muss es dann halt einfach machen. Selbstverständlich wehren wir uns nicht gegen einen Ausbau von staatlichen Dienstleistungen, nur müssen aber die entsprechenden Ressourcen freigegeben werden. Und das ist genau das, was wir bei der SVP das Gefühl haben, würde nicht funktionieren. Wer kämpft denn immer gegen Stellenerhöhungen? Und wer hat jetzt bei der Rechnung wieder gegen die ausufernde Verwaltung gewettert? Wir sind mit den Antworten des Stadtrates zufrieden und sehen keinen Handlungsbedarf. Vor allem, weil die Stadt, wie schon gesagt, signalisiert hat, dass sie zu individuellen Lösungen bereit ist. Wir bitten euch daher, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

**Beat Bachmann, Fraktion Mitte/GLP/EVP:** Besten Dank, Matthias, für den Auftrag. In der Mitte/GLP/EVP-Fraktion kam dieser Vorstoss gut an. Wir können dieses Anliegen des Gewerbes nachvollziehen und finden, dass nur eine Sammlung pro Monat wirklich wenig ist. Die Vertreter des Gewerbeverbandes beschreiben es im erwähnten Mail, welches uns zugestellt wurde, dass die Lagerung und das Herausstellen zum Problem wird und auch gegenüber den Passanten keinen guten Eindruck hinterlässt. Wir sind der Meinung, dass hier die Stadt mit dem Gewerbeverein eine bessere Lösung suchen sollte. Eine Idee, wie sie Martin vorgeschlagen hat, oder vielleicht etwas anderes. Dazu haben wir zuvor in der Abfallrechnung 23 einen grossen Überschuss festgestellt. Da wäre also auch Vermögen vorhanden, welches man für einen zusätzlichen Aufwand beim Einsammeln und Entsorgen des Karton verwenden könnte. Aus diesem Grund wird unsere Fraktion diesen Auftrag für häufigere Kartonsammlungen fürs Gewerbe einstimmig unterstützen.

**Salome Kisker, Fraktion OJ:** Was sagt denn das Gewerbe zu diesem kostenlosen Zusatzangebot, indem man den Werkhof anfragen kann? Weiss das hier jemand? Und das zweite ist, dass es uns auch etwas erstaunt, dass die SVP in diesem Bereich gerne die Kosten auf den Staat überwälzt und sich dann aber über die steigenden Ausgaben beklagt.

**Simone Sager, Fraktion FDP:** Als Vertretung für Nico Zila halte ich für ihn das Votum. Die FDP unterstützt qualitativ hochwertig und finanziell nachhaltige, städtische Dienstleistungen für die Oltnen Einwohnerschaft und das lokale Gewerbe. Im Fall des Abfuhrwesens stossen die beiden Leitlinien in ausgeprägtem Masse aneinander und es ist erforderlich, das richtige Mass zwischen diesen beiden Zielen zu finden. Mit der vierwöchigen Abfuhr für Karton und Altpapier bewegt sich die Stadt Olten im nationalen Mittelfeld, was Städte in etwa unserer Grösse anbetrifft. Zum Beispiel Aarau monatlich, Wetzikon monatlich, Baden nur acht Mal im Jahr, Sursee nur acht Mal im Jahr. Neben den vom Stadtrat in der Beantwortung mehrfach erwähnten personellen Ressourcen, reichen gemäss unseren Informationen auch der derzeitige Fuhrpark des Werkhofs für eine höhere Abfuhrfrequenz nicht aus. Gleichzeitig können wir das Interesse der Gewerbetreibenden an einer häufigeren Einsammlung gut

nachvollziehen und sehen auch, dass das Stadtbild unter frühzeitig und wild deponiertem Karton leidet. Der Stadtrat kommt allerdings bereits heute diesem legitimen Interesse entgegen, indem er eine kostenlose Abholung anbietet. Der Aufwand dafür ist für die Betriebe aktuell sehr gering. Ein Anruf genügt. Es könnte aber inskünftig via Werkhof-App vielleicht noch etwas einfacher erfolgen. Zusammengefasst lehnt die FDP den vorliegenden Auftrag ab, lädt aber den Stadtrat dazu ein, den Kontakt zum Gewerbe Olten weiterhin zu pflegen und bei Bedarf noch zu intensivieren, um ähnliche Themen niederschwellig aufzunehmen, ohne dass diese zeitraubenden Umwege via parlamentarischen Vorstoss nehmen müssen.

**Stadträtin Marion Rauber:** Besten dank für die Voten. Ich würde gerne noch ein paar kleine Sachen dazu sagen. Ich glaube, wir haben es eigentlich sehr kurz und sec beantwortet. Man konnte es lesen und ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, dass wir im Werkhof mit den Ressourcen sehr knapp sind. Es ist so, dass gerade in den Abfuhren, wenn dort jemand krankheitshalber ausfällt, jemand von der Werkstatt auf den Abfuhrwagen muss. Das sind sehr anstrengende Arbeiten, bei welchen die Leute manchmal gesundheitlich an ihre Grenzen stossen. Es ist so, dass wir aktuell mit unserem Stellenetat wirklich jene Abfuhren abdecken können, die wir jetzt haben. Wir haben es hier beschrieben. Wenn du, Matthias sagst, es sei ein Organisationsproblem, dann kann ich diesem einfach nicht zustimmen. Es ist tatsächlich ein personelles Ressourcenproblem, dass wir nicht mehr Abfuhren anbieten können. Wir haben auch nicht nur das Problem in der Kernzone. Wir haben beispielsweise sehr viele Betriebe in der Industrie, welche grosse Mengen an Karton haben, weil Sachen bestellt oder geliefert werden. Gerade diese nutzen unser Angebot. Sie rufen uns an. Es ist klar, dass nicht jeder für seine einzelne Schachtel anrufen kann. Aber wenn ein Betrieb, gerade in der Industrie, eine grosse Menge an Karton hat, holen unsere Leute diesen jederzeit ab. Das ist kein Problem. Und das mit den «Collectors», Martin, das ist eine gute Idee. Aber es steht jedem Gewerbetreibenden frei, «Collectors» zu engagieren. Ich habe auch mal, ihr wisst es, das Mokka-Rubin geführt. Ich hatte mit den «Collectors» eine Vereinbarung, dass sie mein Altglas abholen. Es steht jedem frei, diese Dienstleistung in Anspruch zu nehmen. Ich sehe nicht, dass die Stadt Olten dies organisieren müsste, für Gewerbetreibende, die es benötigen. Da würde ich schon eine gewisse Eigenständigkeit erwarten. Ja, ich möchte auch sehr gerne ans Herz legen, diesen Auftrag nicht als erheblich zu erklären. Und zwar nicht, weil wir keine Lust haben, es zu machen oder weil wir es daneben finden, sondern weil wir schlicht und einfach zu wenige Leute haben. Falls es erheblich erklärt werden sollte, würde ich in diesem speziellen Bereich mit Stellenbegehren ankommen. Also, mit meinen aktuellen Leuten kann ich nicht mehr Abfuhren abdecken. Das ist eine Tatsache und ich kann es nicht beschönigen.

**Tobias Vega (SP):** Ich trage zwei Hüte. Einerseits als Geschäftsleiter des genannten Lieferdienstes. Danke für die Erwähnung, Martin. Ich möchte eigentlich keine Firmenwerbung machen. Wir wurden von der Stadt und vom Gewerbe Olten initiiert und machen seit mittlerweile sechs Jahren viel Citylogistik fürs Gewerbe und sogar auch Aufträge für die Städte. Es ist eine schöne Lösung, da schliesse ich mich Marion an und ich sage, das Gewerbe kann gerne auf uns zu kommen. Ich war bereits im Gespräch. Zur Frage von Salome: Ja, das Bedürfnis ist vorhanden. Sie haben zum Teil Lagerräume, die sie mit Karton überfüllen. Aber ich habe dann genau das gleiche gesagt: Ruft an. In einem Jahr müsste man dann mal schauen, wie es aussieht, wenn man immer wieder anruft. Irgendwann wird auch die Bau- direktion sagen: Hey, es ist langsam genug und nun müssen wir ein Stellengesuch machen. Da bitte ich natürlich auch den Auftraggeber, entsprechend nicht nur immer Ressourcen sparen zu wollen, sondern in diesem Fall auch zu sagen, okay, diese Ressourcen geben wir aus. Das ist, glaube ich, bei diesem Auftrag der springende Punkt. Ich bin auch dafür, dass man kleine Fahrzeuge nutzt, aber ich habe gedacht, ich muss doch noch etwas sagen, wenn wir schon erwähnt werden. Auf jeden Fall werde ich auch gerne den pragmatischen Weg wählen und weiter ins Gespräch gehen. Ich fände es schön, wenn es vielleicht einen Runden Tisch gäbe. Aber von meiner Seite ist dies politisch eher eine andere Geschichte.

**Marc Winistörfer (SVP):** Ich wollte kurz auf zwei Aussagen eingehen, die zuvor gefallen sind. Zu den Vorwürfen an meine Fraktion oder an Matthias, meinen Fraktionskollegen: Der erste Vorwurf war jener, dass die SVP gegen Stellenbegehren im Werkhof sei. Es würde mich

interessieren, welche Stellenbegehren vom Werkhof wir in der Vergangenheit abgelehnt haben. Die Kritik, die wir und die zuvor auch ich geäußert habe, und die ich bei der Rechnung und bei jedem Budget äussere, und solange ich hier im Saal sitze, wohl äussern muss, weil es halt so ist, gilt eher die Zentralverwaltung, die ich kritisiere und nicht dem Werkhof, der wächst. Bitte hier bei der Wahrheit bleiben. Es ist nicht so, dass wir in der Vergangenheit massenhaft Stellen beim Werkhof abgelehnt hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Mein Fraktionskollege, der schon länger im Rat sitzt, kann dies sonst auch noch kurz bestätigen, solltet ihr es mir nicht glauben. Punkt 2: Es wurde gesagt, Surprise, Surprise, der Staat soll für die Privaten einspringen. Dass der Staat für die Privaten einspringen soll, ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Man zahlt Geld für die Kehrrichtbeseitigung. Steuergeld und Gebührengeld, vor allem. Es ist wirklich nicht so, dass wir nun finden, der Staat soll es gratis machen. Wir, die Bevölkerung, zahlen bereits dafür. Das Gewerbe bezahlt es übrigens auch. Auch diesen Vorwurf finde ich... Also, entweder das Unverständnis über das Abfallbeseitigungssystem, das wir haben, oder die Finanzierung. Oder es ist vielleicht auch populistisch.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Zuvor fiel so ungefähr der Satz, die Stadt verweigere den Dialog mit dem Gewerbe. Das ist natürlich nicht wahr. Wenn ich nur schon an diese Round Tables denke, welche regelmässig um 07.30 Uhr im Stadthaus stattfinden. Wir hatten am 11. Januar einen solchen Round Table, am 29. Februar (Schaltjahr), am 16. Mai, 6. Juni. Wir hatten einen zusätzlichen Workshop mit dem Gewerbe und der Wirtschaftsförderung Olten. Wir hatten am 22. Mai den Breakfast-Club, wir hatten die Generalversammlung des Gewerbes. Wir haben einen sehr guten und regelmässigen Austausch mit dem Gewerbe. Ich habe diese Frage natürlich auch gestellt: Besteht das Bedürfnis nach einer zusätzlichen Kartonsammlung? Die Antwort darauf war, dass es an einer Vorstandssitzung einzelne Voten dazu gegeben habe. Ich bin jetzt ein bisschen erstaunt, dass wir unterschiedliche Informationen haben. Wir haben dieses Problem in diesem Austausch nie als dringend und drückend empfunden. Sollte es der Fall sein, würde es mich überraschen. Aber noch einmal: Der Dialog mit dem Gewerbe, der Austausch, ist hervorragend. Ich würde mal sagen, er war noch nie so gut wie aktuell.

**Matthias Borner (SVP):** Also, erstens, das feine Zmorge, das ihr hattet und die Round Tables mit Apéro... Ich habe mit denen vom Gewerbe gesprochen, und sie waren sehr erstaunt, dass der Stadtrat dies ablehnt. Ich habe dieses E-Mail ja an alle verschickt. Dass ihr hier so viel miteinander spricht und sie dieses Bedürfnis haben... Sie haben es ja dann auch via Zeitung mitgeteilt und haben sich nicht abgeholt gefühlt. Es waren immerhin die beiden Präsidenten. Vielleicht hast du mit diesen nie gesprochen, aber von ihnen wurde es quasi als Gewerbe Olten so gesagt. Nun zu den Stellenbegehren im Werkhof. Wir haben in den letzten zehn Jahren noch nie ein Stellenbegehren im Werkhof abgelehnt. Noch nie. Wir haben immer «ja» gesagt. Beim letzten Mal haben wir sogar verlangt, dass man mehr Ressourcen für die Abfallbeseitigung schafft. Wir haben sogar einen Antrag von Luc unterstützt für mehr Abfallbeseitigung. Dies einfach dazu. Und das würde genau das tangieren. Von wegen des Vorwurfs, wir würden immer sparen. Für das Stadtbild und so ist es uns das wert. Von der FDP bin ich schon sehr enttäuscht. Nun kommt das Gewerbe mit einem Bedürfnis, und die FDP sagt, nein, das interessiert uns nicht. Was wir hier alles ausgeben. Zum Beispiel Wirtschaftsförderung. Zehntausende von Franken gibt man aus. Und nun kommen sie so. Es ist ein kleines Problem. Aber es ist ein kleines Problem, das wir sofort lösen könnten. Ich bin wirklich sehr enttäuscht. Ich verstehe nun auch, weshalb sie auf mich zukommen und nicht auf euch. Es war nicht immer so, aber in diesem Fall ist die Bauern, Gewerbe und Bürgerpartei wieder zurück. Bei den Grünen habe ich gestaunt. Ihr seid eigentlich dafür, ihr wollt die Collectors, aber sagt trotzdem nein. Wenn wir ja sagen, wird etwas von ihnen bearbeitet, und das kommt danach ins Parlament. Dort könnt ihr sagen, dass ihr die Collectors wollt, ihr habt wohl eine gute Lobby auf der anderen Seite. Betreffend Ausstandspflichten könnten wir es dann noch anschauen. Eigentlich müsstet ihr «ja» sagen, wenn ihr eine solche anpeilen wolltet. Bei der SP heisst es ja: «Wir brauchen das nicht.» Es geht nicht um die Privaten. Es geht um das Gewerbe. Macht mal eine Runde in der Innenstadt und geht mal in die Geschäfte und fragt. Es ist ein Bedürfnis vorhanden. Nun könnte ihr sagen, das ist Blödsinn. Ich sehe es schon ein: Es ist eine Mehrheit dagegen. Aber ich sage dem Gewerbeverein, macht eine Liste,

schickt sie jeweils Anfang Monat, wann sie es abholen sollen. Sie machen es gratis, wir haben es schriftlich. Und so kann das Gewerbe bestimmen, wie oft sie kommen, und man kann es so lösen. Dass man die Abfallentsorgung privat machen möchte, davon würde ich abraten und ich werde mich sicher dagegen einsetzen, sollten von der SP irgendwelche Tendenzen kommen.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Einfach auch hier bei der Sache bleiben, korrekt bleiben. Es hat bei einem Round Table noch nie ein Apéro gegeben. Wir trinken nämlich nicht auf nüchternen Magen um 7.30 Uhr. Es hat noch nie bei einem Workshop ein Apéro gegeben. Und es hat auch beim Breakfast Club noch nie ein Apéro gegeben. Und es gibt nie ein Apéro, wenn der Finanzdirektor und ich Firmenbesuche bei Unternehmen machen. Es gibt nie mehr als ein Salzstängeli, im besten Fall, und einen wässrigen Kafi.

**Laura Schöni (OJ):** Matthias du hattest Kontakt mit dem Gewerbe. Du hast uns auch einen Mailverlauf geschickt. Es würde mich schon noch interessieren, weshalb sie nicht auf die Optionen zurückgreifen, die sie vom Werkhof haben? Sprich, mit diesen kostenlosen Abholungen. Die Frage, die Salome gestellt hat, ist noch immer nicht beantwortet. Wissen sie nichts davon? Finden sie es doof?

**Matthias Borner (SVP):** Ja, ich habe mit ihnen gesprochen und es wissen es nicht alle im gleichen Sinn. Eine Firma, ich sagen nicht welche, würde einfach Glacé anbieten und dann wird es auf dem Weg abgeholt. Also, von der Kapazität her ist das möglich. Andere Firmen machen es selber und bezahlen jemanden. Ich werde schauen, dass es allen 245 Mitgliedern mitgeteilt wird. Wir müssen noch abstimmen, wann es abgeholt werden soll, und dann machen wir eine Grossfuhr, ja. Ihnen war nicht bewusst, dass sie anrufen können und es darauf gratis abgeholt wird. Das ist eigentlich eine Antwort auf diesen Auftrag. Ich nehme an, in Zukunft wird etwas öfter davon Gebrauch gemacht. Ich werde es ihnen sicherlich so kommunizieren und sie sollen es den Mitgliedern bitte mitteilen.

**Stadträtin Marion Rauber:** Es wäre nett gewesen, wäre dieser Mailverkehr bis zum Stadtrat gelangt. So könnten wir auch noch etwas dazu sagen. Wir haben ihn nämlich nicht erhalten. Es steht in der Beantwortung: «für Betriebe und Geschäfte, in welchen sehr viel Karton anfällt.» Ich appelliere schon an eine gewisse Verhältnismässigkeit. Und was ich nicht unterstützen könnte, gesetztenfalls es würde erheblich erklärt und wir zusätzliche Abfahren machen müssten, hätte es für das ganze Stadtgebiet zu gelten. Dann kann man nicht einfach sagen, in diesem Gebiet, geht man zweimal pro Monat und die anderen werden nur einmal pro Monat berücksichtigt. Das fände ich nicht gerecht. Da wären nicht alle zufrieden. Denn wie ich gesagt habe, haben wir gerade in der Industrie sehr viele Betriebe mit sehr viel Karton. Das sind eben jene, die uns anrufen. Und wenn man diese nun einfach ausschliessen würde und man sagt: Nur in der Innenstadt, weil dort das Stadtbild gestört ist. Ich sehe es schon auch so, dass das Bild gestört ist, wenn viel Karton bereitsteht und dann beginnt es noch zu regnen. Ich fände, wenn schon, müsste eine zusätzliche Abfuhr fürs ganze Stadtgebiet gelten und nicht nur für einzelne Betriebe.

**Timo Probst (JSP):** Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen. Ich möchte Matthias danken. Er hat im Sinn der Transparenz dieses E-Mail auch weitergeleitet. Dies uns allen zu schicken war gut. Und das, was es für mich aufgezeigt hat, ist ein bisschen Aussage gegen Aussage. Das, was du weitergeleitet hast, das stimmt. Das kann man nachlesen. Das ist offenbar ein Bedürfnis. Gleichzeitig können wir nicht mehr Stellen schaffen. Aber eigentlich müssten wir uns als Parlament selber danken, denn die Lösung haben wir eigentlich geschaffen. Und das ist, indem wir die Stelle des Digital Officers bewilligt haben. Denn offenbar haben wir ein Kommunikationsproblem. Und zwar weiss das Gewerbe nicht, dass man anrufen kann, wenn man mehr Karton hat. Also, eigentlich ist dies das Problem. Und nun haben wir jemanden eingestellt – es hat zwar etwas mehr Lohn gebraucht, aber wir konnten diese Person nun einstellen – der den öffentlichen Auftritt der Stadt, gerade im digitalen Rahmen, überarbeitet kann und man danach die Informationen auch findet, dass man beispielsweise den Werkhof anrufen kann, wenn man mehr Karton hat.

**Luc Nünlist (SP):** Ich habe mich gemeldet, ich wurde zuvor persönlich angesprochen. Es war am 24.11.2022, ich habe es nachgelesen. Damals haben wir in einem Budgetantrag Stellenprozente für den Werkhof beantragt. Der Antrag hat elf Stimmen gefunden. Leider hatten wir damals die Transparenz noch nicht etabliert. Wir wissen nicht genau, wer mitgestimmt hat. Der Diskussion ist zu entnehmen, dass es nicht auf besonders viel Gegenliebe gestossen war, ausser einzelne Stimmen von OJ und die SP hat dafür gestimmt. Vielleicht hat jemand von euch zweien mitgestimmt, aber alle von euch haben nicht mitgemacht. Das geht nicht auf.

**Matthias Borner (SVP):** Erstens mal habe ich für mich gesprochen. Und ich möchte noch einmal repetieren, was Marion gesagt hat. Nur, weil das Stadtbild leidet, müssen wir es nicht machen. Das finde ich eigentlich noch erstaunlich. Und das zweite ist, die Stadt Solothurn macht es genauso. Sie haben verschiedene Zonen, die sie unterschiedlich oft bedienen und das ist sehr etabliert und sehr beliebt.

**Lukas Lütolf (JGO):** Ich melde mich auch noch, weil wir direkt angesprochen wurden. Ja, du hast einen Punkt, Matthias. Und ganz im Sinn der Konkordanz kann ich dir gerne das Angebot machen. Wenn ihr sagt, die Collectors sind eine Option. Denn sie sind effizienter, es ist nicht der Lastwagen, der durch die ganze Stadt fahren muss. Und ihr aber auch zugebt, dass es in der Stadt zusätzliche Kosten nach sich ziehen wird, sind wir zumindest grossmehrheitlich dafür. Und um noch Tobias Vega in Schutz zu nehmen: Wir haben es mit ihm nicht abgesprochen, dass wir heute die Collectors im Votum erwähnen. Von wegen Befangenheit oder so, wir haben es aus Eigenregie entschieden.

**Sandy Grieder (FDP):** Noch schnell zum Angriff von Matthias, wir seinen gegen das Gewerbe. Wir sind überhaupt nicht gegen das Gewerbe. Wir sind bei unseren Diskussionen einfach davon ausgegangen, dass das Angebot besteht und hier Möglichkeiten vorhanden sind, dass der Abfall abgeholt wird. Was wir auch noch diskutiert hatten, ist etwas, das Marion noch gesagt hat: Wenn dieses Angebot käme, dass es nicht nur für die Innenstadt sein kann, sondern dass man es auch gleich für Private anbieten könnte, sollte man es aufbauen. Denn es haben in den letzten Jahren wohl alle mehr Karton, als es vielleicht vor zehn Jahren der Fall war. Und dass man es so nicht nur vereinzelt anbietet, sondern für alle. Das war noch ein Punkt, den wir in der Fraktion diskutiert hatten.

**Simon Bloch (FDP):** Ich möchte gleich bei Sandy einhängen und antworten. Matthias, selbstverständlich sind wir eine gewerbefreundliche Partei. Ich selber habe den Auftrag auch unterzeichnet und ich glaube, zwei, drei andere unserer Fraktion auch. Aber als wir die Antwort der Stadträtin gelesen hatten, gelangten wir zur Meinung, dass das aktuelle Angebot, das wir haben, indem man mittels eines Anrufs den Karton abholen lassen kann, im Moment ausreichend ist. Wir haben schlicht und ergreifend auch nicht gewusst, dass diese Möglichkeit besteht. Daher sind wir der Meinung, dass das Angebot, das wir jetzt haben, reicht und dass keine zusätzlichen Kosten generiert werden müssen mit zusätzlichen Stellen.

**Tobias Vega (SP):** Ich möchte es nicht künstlich verlängern. Ich glaube, das Votum ist nicht gegen das Gewerbe. Ich finde, das, was du sagst, ist ernst zu nehmen. Und da bitte ich darum, nach der Abstimmung die Pragmatik walten zu lassen, dass man mit dem Gewerbe zusammensitzt. Es sind vielleicht ein, zwei Voten, aber es ist nicht das ganze Gewerbe. Ich bin selber auch Gewerbetreibender. Ich finde es absolut wichtig, aber wir sind nun nicht alle gegen das Gewerbe, weil wir den Karton nicht häufiger abholen lassen wollen. Ich finde, das Gewerbe, das Kleingewerbe, muss man ernst nehmen, vor allem in der heutigen Zeit. Aber ich glaube, wir müssen hier einen Schritt weiter gehen und ich bitte auch dich, vielleicht können wir zusammen darüber sprechen, wie man mit dem Gewerbe einen pragmatischen Weg findet.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich muss für meinen Werkhof noch eine Lanze brechen. Sie sind dort wirklich extrem flexibel. Und wenn jemand in der Stadt ein Problem hat, irgendeinen Keller voll mit Karton, dann kann man wirklich anrufen und sagen: Wir haben ein Problem, könnt ihr

bei Gelegenheit vorbeikommen? Dann machen die das. Aber wenn dies nun so aufgeplustert wird, dass du, Matthias, androht, dass sie eine Liste einreichen werden, wenn sie wünschen, dass man vorbeikommt, werden wir das nicht gewährleisten können. Und es steht auch in der Beantwortung nicht so geschrieben. Aber ich weiss, dass sie sehr flexibel sind und dass der Grossteil des Gewerbes mit der Dienstleistung sehr zufrieden ist, die der Werkhof erbringt. Auch in anderen Bereichen, wenn es mal etwas anderes zu entsorgen gibt, wie Metall oder irgendetwas. Und man kann auch jederzeit selber den Karton in den Werkhof bringen. Diese Möglichkeit besteht auch. Ich finde, wir sind grosszügig, wir sind flexibel, wir haben ein gutes Angebot. Natürlich, man könnte mittlerweile jeden zweiten Tag Karton abführen. Das merkt man, seit Corona hat das extrem zugenommen. Auch das Onlineshopping bei den Privaten. Man könnte es natürlich ausbauen, aber dann brauche ich einfach mehr Leute. Das ist eine Tatsache.

**Marc Winistörfer (SVP):** Ich möchte dem Historiker Luc Nünlist etwas mitgeben. Ich habe im Protokoll rasch nachgeschaut. Also, wir hatten dem zugestimmt, dieser angesprochenen Stellenerhöhung im Werkhof im 2022.

### **Beschluss**

Mit 24 : 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:  
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2024

Prot.-Nr. 79

## Schlussrede der abtretenden Parlamentspräsidentin

### **Parlamentspräsidentin Yael Schindler:**

«Bei der Antrittsrede habe ich gesagt, dass ich keine Ur-Oltnerin bin. Und ich glaube, man hört es auch an meinem Dialekt. Ich bin erst seit rund elf Jahren hier in Olten. Umso mehr habe ich mich geehrt gefühlt, dass ich für ein Jahr die offiziell höchste Oltnerin sein durfte. Für mich war es ein wahnsinniges Privileg. Ich durfte Olten in diesem Jahr in all seinen Facetten kennenlernen. Über das ganze Jahr hinweg wurde ich an verschiedenste Anlässe eingeladen. Zum Teil musste ich aus familiären oder beruflichen Gründen absagen. Aber an rund 25 Anlässen konnte ich teilnehmen. Dies waren kulturelle Anlässe, wie Bücherfestivals, Tanztage, Kabarett-Tage oder Veranstaltungen in Museen. Dann war ich am Weihnachtsessen der Feuerwehr. Oder bei der Sankt Sebastians-Feier der Schützen, bei der Fasnacht natürlich, bei der Kirche, beim FC Olten oder auch beim OL-Weltcup. Ich wurde überall ganz herzlich empfangen und ich durfte zahlreiche nette und engagierte Menschen kennenlernen. Diese Menschen machen Olten zu dem, was es ist. Es ist eine kleine Stadt, aber es läuft immer irgendetwas und es kann jeder und jede sein Plätzchen in Olten finden. Und ich bin auch nicht mit dem einverstanden, was Philipp gestern gesagt hat. Ich finde es auch eine schöne Stadt und eine attraktive Stadt. Ich wohnte früher in Basel, danach in Luzern und nun in Olten und ich würde nicht mehr tauschen wollen. Ich fühle mich hier wirklich sehr wohl. Es ist mir aber auch bewusst, dass nicht jede oder jeder in Olten ein Plätzchen gefunden hat. Es gibt auch Menschen, welche nicht in Vereinen tätig sind. Oder in keiner Partei oder auch nicht bei der Feuerwehr oder in der Kirche. Es kann dafür verschiedenste Gründe geben. Vielleicht fehlen die Sprachkenntnisse, vielleicht haben sie neben Familie und Job keine Zeit oder keine Energie. Vielleicht fehlt ihnen auch einfach der Mut, sich irgendwo anzuschliessen. Ich denke, es liegt an uns Leuten, die irgendwo integriert und engagiert sind, auch diese Leute mitzunehmen. Ich denke jeder, der in dieser Gesellschaft ein Plätzchen findet, macht die Gesellschaft friedlicher und schöner und es gibt ein besseres Zusammenleben. Und schlussendlich hilft all dies der Stadt. Mit diesem Appell möchte ich bereits zum Dank kommen. Als erstes möchte ich mich bei Markus Dietler bedanken. Wir haben die Sitzungen jeweils zusammen vorbesprochen und ich konnte von dir und deinem langjährigen Wissen sehr profitieren. Herzlichen Dank dafür. Ich danke meinem Vizepräsidenten, Thomas Fürst, hier auf meiner linken Seite, für die juristische Beratung und das Einflüstern von Namen, wenn ich mal ein Namen-Blackout hatte, was leider immer mal wieder vorkam. Herzlichen Dank dafür und ich wünsche dir alles Gute fürs nächste Jahr. Ich bedanke mich beim Stadtpräsidenten, Thomas Marbet. Er war bei zahlreichen Anlässen, an welchen ich teilgenommen hatte, ebenfalls eingeladen. Und es kam vor, dass ich angekommen bin und keinen Menschen kannte. Thomas Marbet hat mich dann immer unter seine Fittiche genommen, hat mich allen vorgestellt und hat sich wirklich um mich gekümmert. Ich habe das sehr geschätzt. Vielen Dank, Thomas. Dann möchte ich dem ganzen Stadtrat für eure Geduld mit uns, dem Parlament, danken. Ich weiss, es ist nicht immer einfach. Aber ich denke, es ist auch die Aufgabe des Parlaments manchmal ein bisschen ungemütlich zu sein oder euch Arbeit zu bescheren. Ihr setzt euch alle sehr fest für die Stadt ein. Ich weiss, ihr macht alle das Beste, das ihr könnt. Und ich bin sehr dankbar, dass ihr diese Arbeit macht. Merci vielmals dafür. Als letztes möchte ich mich bei euch allen bedanken. Ich finde, wir hatten viele gute Diskussionen. Es ist klar, dass wir nicht immer alle gleicher Meinung sind. Aber ich würde sagen, die

Diskussionskultur war fast immer sehr gut. Ihr hattet alle sehr viel Arbeit. Wir vom Büro haben sehr viele Doppelsitzungen angesagt. Das ist nicht bei allen beliebt, bei uns selber auch nicht. Wir haben alle Familie und Job und alles Mögliche und es ist schwierig die Zeit zu finden. Ich danke euch trotzdem, dass ihr immer so zahlreich hier wart und euch die Zeit genommen habt. Als allerletztes möchte ich mich bei meiner Fraktion bedanken. Erstens, dass ihr mich nominiert habt. Vielen Dank dafür. Und zweitens für die offene und ehrliche und konstruktive und vor allem auch freundschaftliche Art, welche wir untereinander haben. Das macht mir in den Fraktionssitzungen mit euch immer sehr viel Spass. Ja, das liegt an euch. Vielen Dank. Ihr hattet ein sehr strenges Jahr. Ihr musstet zu viert alle Voten halten. Ich bin froh, dass ich euch nächstes Jahr wieder unterstützen kann. Damit schliesse ich. Wir gehen danach, wie gesagt, in die Suteria zum Apéro. Ich wünsche euch allen einen wunderbaren Sommer und wir sehen uns im September wieder. Vielen Dank.

Es folgt Applaus.

**1. Vizepräsident Thomas Fürst:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Yael. Es freut mich sehr, dass es mir zufällt, dich an dieser Stelle kurz verabschieden zu dürfen. Ich durfte während eines Jahres neben dir sitzen, dir über die Schulter schauen und zusehen, wie du deine Arbeit machst. Und ich muss sagen, es ist sehr beeindruckend, wie du es als Parlamentspräsidentin gemacht hast. Du hast die Sitzungen immer sehr souverän und ruhig und fair geleitet. Und falls dir diese Worte bekannt vorkommen, ist dies kein Zufall. Es nämlich das, was du letztes Jahr über Laura gesagt hast. Aber ich hoffe, du verzeihst mir meinen Diebstahl an deinem geistigen Eigentum, denn es ist halt erstens einfach auch auf deine eigene Amtsführung zutreffend und zweitens kann ich es offensichtlich nicht besser als du es selber kannst. Ich nehme an, dies wird auch auf die Amtsführung selber zutreffen. Die weiteren Worte konnte ich leider nicht mehr von deiner eigenen Dankensrede abschreiben, weil da hast du dich vor allem über Lauras Schwangerschaft geäußert und dort hören die Parallelen nun einfach auf. Von dem her musste ich mich bei deiner Antrittsrede bedienen für den Abschluss. Denn damals hast du einen Artikel in der „Südostschweiz“ erwähnt mit dem Titel: „Glarnerin wird höchste Oltnerin“. Du hast ausgeführt, dass du es als ein beeindruckendes Zeichen der Offenheit und gelebten Integration in unserer Stadt erachten würdest, dass du nach nicht einmal zehn Jahren seit deinem Zuzug geschafft hast, dieses Amt übernehmen zu dürfen. Ich bin damit absolut einverstanden und ich finde es in der Tat auch eine der schönsten und stärksten Seiten von Olten, dass wir Oltnerinnen und Oltner grundsätzlich Menschen wirklich sehr schnell und unkompliziert in unserer Mitte aufnehmen. Und ich denke, wir haben alle mit grosser Freude zur Kenntnis genommen, dass es dich nicht mehr woandershin zieht. Das freut mich und ich denke, wie gesagt, uns alle. In diesem Sinn danke ich Glarus, dass sie dich haben ziehen lassen. Und insbesondere danke ich dir für deinen grossen, erfolgreichen und sehr sympathischen Einsatz in deinem Präsidialjahr.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:  
Kanzleiakten

**Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:** Vielen Dank und bis gleich in der Suteria zum Apéro.

- - - -

Parlamentspräsidentin: Yael Schindler Wildhaber

Stadtschreiber: Markus Dietler

Schriftliches Protokoll: Andrea Baumann

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhänden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.